


179. Sitzung, Montag, 11. Dezember 2006, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände
6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2007

 Antrag des Regierungsrates vom 13. September 2006
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
 23. November 2006 **4354a**

 (*Fortsetzung der Beratungen*) Seite 12934

Verschiedenes

- Begrüssung einer Delegation der Kantonspolizei..... Seite 12933
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 12991

Geschäftsordnung
Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort wird nicht verlangt.
 Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Begrüssung einer Delegation der Kantonspolizei
Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Vorerst begrüsse ich auf der Tribüne eine Delegation der Kantonspolizei von sieben Personen. Sie haben ihren Abteilungsausflug hierher ins Rathaus unternommen, um zu sehen, wie wir mit ihrem Stufenanstieg umspringen.

6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2007

Antrag des Regierungsrates vom 13. September 2006 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2006 **4354a**
(Fortsetzung der Beratungen)

Konto 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Antrag 12. *Minderheitsantrag Julia Gerber Rüegg, Stefan Feldman, Natalie Vieli, Erika Ziltener (FIKO)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 172'930'748

neu: Fr. 112'930'748

Verschlechterung: Fr. 60'000'000

Ordentlicher Stufenanstieg

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Zu diesem Minderheitsantrag haben heute Morgen schon mehrere Votantinnen und Votanten gesprochen.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Das Zürcher Lohnsystem sieht einen jährlichen Stufenanstieg vor, darüber haben wir heute Morgen schon gesprochen. Diese Regelung wäre bei gleich bleibendem Personalbestand annähernd kostenneutral und kann daher auch nicht im Rahmen des Haushaltsgleichgewichts eingeschränkt werden. Machen wir das Beispiel aufs Exempel:

Nehmen wir an, wir haben zehn Angestellte im Kanton, die älteste Angestellte verdient 10'000 Franken und geht bald in Pension. Wenn sie in den Ruhestand tritt, sind diese 10'000 Franken zur Verfügung, denn sie gehören zur Lohnsumme für die Arbeitskraft, die diese Person ersetzt. Und der Rest wird auf die neun Verbleibenden verteilt als Erfahrungslohn. Wird der Stufenanstieg nun ausgesetzt, wie wir das schon elfmal gemacht haben, kann dieser so genannte Rotationsgewinn, können diese 10'000 Franken für etwas anderes gebraucht werden, zum Beispiel eben für die Sanierung des Staatshaushaltes. Das haben wir fortgesetzt gemacht. Diese fortgesetzte Reduktion – unrechtmässige Reduktion – der Lohnsumme via Abzügen des Rotationsgewinns ist übrigens seit Jahren nicht ausgewiesen, also heimlich abgezügelt! Doch geklaut? Hören Sie auf mit der Heimlichtuerei und

hören wir auf mit dem Abzügeln von Lohngeldern, die den Angestellten gehören! Denn was das geschieht, ist ein Verstoss gegen Treu und Glauben. Gewähren wir endlich den ordentlichen Stufenanstieg, wie das Gesetz es vorsieht. Nun, nach Angaben der Finanzdirektion soll ein Stufenanstieg dieses Jahr das Budget zusätzlich um 60 Millionen Franken belasten. Das kann einfach nicht sein! Ich habe zwei Indizien dafür. Von den 10'000 Volksschullehrerinnen und Volksschullehrern wissen wir, dass bei ihnen jedes Jahr 8 bis 12 Millionen Franken an Rotationsgewinnen anfallen. Hochgerechnet auf 40'000 Kantonsangestellte dürfte das 40 Millionen Franken ausmachen. Wo ist dieses Geld? Zweites Indiz: Der Medianlohn 2001 – das kann man in der Antwort auf eine Anfrage ([283/2006](#)) nachlesen – ist nur um 3,3 Prozent gestiegen, obwohl Teuerungsausgleich, Stufenanstieg und Beförderungen in jenem Jahr einen Anstieg des Medianlohns um 5 Prozent erwarten liessen. Wo sind die 1,7 Prozent geblieben? Das wäre ja mehr, als für den Stufenanstieg nötig. Vermutlich wurde es einfach weggespart.

Finanzdirektor Hans Hollenstein, damit wir unseren Antrag korrekt stellen können und nicht diese 60 Millionen Franken eintragen müssen, die wir anzweifeln, bitte ich Sie, uns darzulegen, wie hoch die Rotationsgewinne in den letzten Jahren ausgefallen sind. Ich habe Ihnen diese Frage rechtzeitig schon letzte Woche gestellt. Wir hören und sind gespannt. Und nachher werde ich noch einmal das Wort ergreifen für meinen Antrag. Danke.

Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich): Wir haben es heute schon mehr als einmal gehört, der Stufenanstieg wurde in den letzten 15 Jahren elfmal ausgesetzt. Was hat das bewirkt? Die Löhne des Personals sind deswegen rund 10 Prozent tiefer, als sie es eigentlich sein müssten, wenn der Stufenanstieg ordentlich gewährt worden wäre. Da heute Morgen Finanzdirektor Hans Hollenstein bereits die Teuerung erwähnt hat, die nun hier zugesprochen wird zu 0,5 Prozent, aber eigentlich tiefer liegt, möchte ich kurz noch darauf eingehen. Im gleichen Zeitraum, wie der Stufenanstieg elfmal ausgesetzt wurde, wurde nämlich auch die Teuerung nicht voll ausgeglichen. Seit 1991 wurde im Kanton Zürich nämlich ein Anstieg für die Bemessung der Teuerungszulage beim massgebenden Städteindex von 22,2 Prozent verzeichnet. Die Lohnentwicklung der kantonalen Angestellten liegt aber im gleichen Zeitraum bei 13,4 Prozent. Das heisst, bei vollem Teuerungsaus-

gleich wäre ein Lohn heute knapp 9 Prozent höher. Zusammen mit den ausgebliebenen Stufenanstiegen klafft somit bei den Löhnen des kantonalen Personals eine Lücke von rund 19 Prozent gegenüber den theoretisch berechtigten Löhnen. Für die kommenden vier Jahre sieht der KEF auf Grund des reduzierten Teuerungsausgleichs erneut eine Reallohneinbusse von 3,5 Prozent vor und mit der gänzlichen Streichung des Stufenanstiegs nochmals eine solche von 7,2 Prozent. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und belegen, dass unsere Forderung nach einem ordentlichen Stufenanstieg mehr als berechtigt ist.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Julia Gerber, Sie haben mich wirklich böse angeschaut und von Lohnklau gesprochen, und das in Anwesenheit von so viel Polizeileuten der Kapo! Ich hoffe, ich werde nachher nicht gleich verhaftet.

Nun zur Sache. Rotationsgewinne, Julia Gerber, werden seit 2006 mit Start des Programms MH06 im Umfang von 0,2 Prozent in die Diskussion, in die Waagschale geworfen und vom Regierungsrat aktiv verwendet, damit etwas mehr ausgezahlt werden kann, als im Budget eingestellt. Konkret: Die Zitrone wird zunehmend mehr ausgepresst, was eben noch verantwortbar ist. 0,2 Prozent sind die heutige Annahme, dass es etwa so viel sein dürfte. Wir sind daran, die Rotationsgewinne genau zu ermitteln, wir wissen das aber zurzeit nicht. Ich bin selbst daran interessiert, dass diese approximative Grösse von 0,2 Prozent genauer wird. Rotationsgewinne sind aber, das kann ich Ihnen heute schon sagen, logischerweise keine stabile Grösse. Sie müssten wahrscheinlich etwa auf drei Jahre ausgeglichen werden, um zuverlässige Durchschnittswerte zu erhalten. Das Wesentliche ist, Julia Gerber, dass wir für die Jahre vor 2004 keine exakten Berechnungen der Rotationsgewinne erstellen können, da die Personaldaten erst ab 2004 durchwegs im erforderlichen Detaillierungsgrad vorhanden sind. Darum sind wir bei den Rotationsgewinnen noch in einem Ungenauigkeitsbereich von zirka 20 Millionen Franken. Dazu stehen wir. Ein Stufenanstieg mit Mehrkosten von 60 Millionen Franken wäre aber so oder so nicht zu verkraften. Ich erinnere Sie daran: Das Entlastungsprogramm 08 müsste um viermal 60 Millionen Franken angehoben werden. Julia Gerber, Sie sind Gewerkschafterin, haben Sie auch diesen Gedanken immer noch im Ohr, den ich gesagt habe: Was bringt es denn, wenn wir mehr einsparen und mehr Leute entlassen müssen?

Dann können Sie vor die Leute hinstehen und sagen: «Wir haben den Stufenanstieg gewährt, aber jetzt steht ihr dafür auf der Strasse.» Das kann wohl nicht ein echtes gewerkschaftliches Anliegen sein. Ich bitte Sie, das Ansinnen des Stufenanstiegs aus guten Gründen abzulehnen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Es ist natürlich nicht so, wie Regierungsrat Hans Hollenstein sagt, dass bei einer Gewährung des Stufenanstiegs die Leute auf der Strasse wären, sondern Sie müssen dieses Parlament überzeugen, dass man nicht dauernd Steuern senken kann und auf der andern Seite Personal finden, das qualifiziert ist. (*Unruhe in den Reihen der SVP.*) Sie müssen gar nicht lachen da drüben, das ist natürlich so. Sie haben Steuersenkungen beschlossen, von denen dieses Personal, das hier arbeitet, wenig bis gar nichts hat. Und auf der andern Seite ist es, dass andere nun tatsächlich Gewinne zu Lasten des Personals einstreichen; das waren bis jetzt ungefähr 18 Prozent. Vergleichsweise, das wurde heute von Kollega Thomas Ziegler bereits gesagt, ist es bereits so, dass Personal im Kanton Zug, im Kanton Thurgau mit teilweise tieferen Lebenshaltungskosten mehr verdient als wir im Kanton Zürich. Das ist nicht akzeptabel. Es ist nicht akzeptabel, dass dieser Kanton in einem Zeitpunkt, da wir auf dem offenen Markt sind und das Personal nicht mehr beliebig verfügbar ist, weiter abbaut. Kommt dazu, dass der Stufenanstieg nicht auf einer Freiwilligkeit beruht, sondern eine gesetzliche Grundlage hat, und es eigentlich nicht in Ordnung ist – nicht eigentlich, sondern es ist nicht in Ordnung! –, wenn Sie Gesetze, die wir geschaffen haben und die immer noch Gültigkeit haben, nicht einhalten. Hier, muss ich sagen, haben wir ein Staatsverständnis, das nicht sehr gross ist. Wir wissen, dass wir nicht allein zuständig sind, aber auch hier sage ich dasselbe, das ich heute Morgen gesagt habe: Ich bitte Sie, dem im Rat zuzustimmen. Wenn nachher der Regierungsrat als Chef des Personals sagt «Wir machen das nicht», obwohl das Parlament den Stufenanstieg wünscht, dann soll er das ausbaden. Dann soll er vor seine Leute hinstehen und sagen «Wir machen das nicht, weil wir nicht den Mumm haben, zu euch zu stehen», obwohl das Parlament dies so tun würde, wenn es denn mehrheitsfähig wäre; ich weiss schon, wie die Verhältnisse hier sind, aber trotzdem. Es ist nicht so, dass die Zitrone ausgepresst ist, aber es ist so, dass die Zitrone beim Personal ausgepresst ist. Immerhin 18 Prozent haben die Leute beigesteuert, und das ist etwas

anderes als die Zitrone, die wir im Rahmen des Staatshaushaltes, der Finanz- und Steuerfusspolitik haben.

In diesem Sinne ist es für unsere Fraktion klar: Wir stimmen dem zu und bitten Sie dasselbe zu tun. Sollten wir mehrheitsfähig sein, dann bitten wir auch den Regierungsrat inbrünstig, über die Bücher zu gehen, und nicht nur böse zu sein zum Personal und nicht nur einen feuchten Händedruck zu geben, sondern eben auch etwas Finanzielles zu leisten.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich glaube, ich habe heute schon zweimal erwähnt, dass wir sehr stark darunter leiden im eigentlichen Sinne, dass wir diesen Stufenanstieg aus finanzpolitischen Gründen nicht geben können. Er wäre absolut berechtigt, keine Frage, die Zahlen wurden heute mehrfach und kompetent aufgelistet. Immerhin, wenn man das Versäumte seit 1991 nachholen würde, würde das 30 Steuerprozenten entsprechen; das wurde aber auch nicht gefordert, sondern es wurde viel weniger gefordert. Wenn die CVP – ich sage es noch einmal – heute dazu Nein sagt, dann auch deshalb, weil jetzt ein 60-Millionen-Kredit nichts anderes bedeuten würde, als dass mit dem Entlastungsprogramm 08 weitere Massnahmen auf die Staatsangestellten zukämen, die mindestens so schlimm wären wie kein Stufenanstieg. Ich denke im Schulbereich an grössere Klassen, an andere Verzichtleistungen im Bildungsbereich, die nicht auszuhalten wären, oder sonst in der Verwaltung Dinge, die man nicht noch auf sich nehmen wollte. Wir verlangen von der Regierung schnell im neuen Jahr ein Gesamtkonzept bezüglich der Staatsangestellten und ihrer Rahmenbedingungen, die umfassend sind und die in dieses Entlastungsprogramm einfliessen. Dann muss ein Stufenanstieg kommen. Wir lassen uns dabei behaften und werden nächstes Jahr dafür kämpfen. Es braucht aber auch die richtige Einnahmenseite. Die ist im Moment nicht vorhanden und wir hoffen sehr, dass diese Seite nächstes Jahr entsprechend besser sein wird, wenn immer möglich durch konjunkturelle Entwicklungen, es gibt aber auch andere Möglichkeiten. Nur dann, wenn die Einnahmen einigermaßen im Lot sind, sind solche Möglichkeiten vorhanden. Ich bitte Sie deshalb, dies entgegenzunehmen und zu verstehen, dass die CVP unter diesen Umständen dem Stufenanstieg nicht zustimmen kann, auch wenn sie es gerne wollte.

Monika Spring (SP, Zürich): Wenn eine Person oder eine Personen-
gruppe ihre Macht dazu missbraucht, diejenigen, die für sie arbeiten,
schlecht zu bezahlen, damit sie auf der andern Seite bestimmten, be-
reits privilegierten Schichten, die ihnen nahe stehen, Geschenke ma-
chen können, dann nennt man dies eine Günstlingswirtschaft. Früher
nannte man es Nepotismus oder Vetternwirtschaft. Wenn es aber Leu-
te betrifft, die nicht miteinander verwandt sind, dann spricht man – ich
habe es extra im Wikipedia nachgeschaut – von Günstlingswirtschaft.
Regierungsrat Hans Hollenstein, ich behaupte nicht, dass Sie Günst-
lingswirtschaft betreiben. Aber mit Ihrer Haltung begünstigen Sie die
Leute, die Günstlingswirtschaft betreiben, indem Sie nicht von der
Steuererhöhung sprechen, die notwendig wäre und die Lucius Dür
gerade angesprochen hat. Vielleicht wäre es eben notwendig, dann
schlussendlich eine Steuererhöhung von mehr als diesen 5 Prozent
vorzunehmen, (*Unruhe auf der rechten Ratsseite*) sondern vielleicht
wieder im ursprünglichen Rahmen, wie es einmal war, bei 108 Pro-
zent. Selbst damals ging es dem Kanton Zürich gar nicht so schlecht.

Wir werden von der SP mit Unterstützung der EVP und der Grünen
ein Postulat einreichen und ich hoffe – nach den Aussagen von Lucius
Dür nehmen ich das auch an –, dass es auch von der CVP unterstützt
werden wird. Mit diesem Postulat verlangen wir ein ganz klares
Lohnkonzept für die nächsten Jahre. Wir hoffen, dass dieses Lohn-
konzept dann im KEF seinen Niederschlag findet und dass das auch
genagelt ist. Wir erwarten diesen Stufenanstieg und lassen uns nicht
weiter verträsten.

Wir bitten Sie, diesem Antrag der SP zuzustimmen. Und wenn jetzt
die CVP nicht zustimmt: Wir werden Sie behaften und wir werden
Ihnen das um die Ohren schlagen, wenn Sie nächstes Jahr nicht mit-
machen werden!

Alfred Heer (SVP, Zürich): Ich weiss, dass Peter Reinhard als Ver-
bandspräsident der Kantonspolizei leider gerne Unsinn erzählt. Ein
Märchen, das er in jeder Budgetdebatte und an jeder Versammlung der
Kantonspolizei bringt, ist das Märchen, dass die Steuereinnahmen
eingebrochen seien und deshalb keine Stufenanstiege gewährt werden
könnten. Ich bitte Sie einfach, die Fakten genau zu studieren, Peter
Reinhard, Sie haben ja auch das Budget vor sich liegen und den KEF.
Und wenn Sie den KEF auf Seite 65 studieren, dann stellen Sie fest,
dass die Steuereinnahmen merklich zunehmen. Sie haben auch in der

Vergangenheit real zugenommen. Wir senken die Steuern, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Wenn man die Steuern senkt um 3 Prozent, dann heisst das nicht, dass man weniger Steuern einnimmt, sondern dann heisst das eben, dass der Wirtschaftsstandort und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kantons verstärkt werden und dass die Steuereinnahmen eben steigen. Dies können Sie aus den Zahlen, die der Regierungsrat präsentiert, auch ersehen. Ich gebe Ihnen gerne noch die Kennzahlen:

Die Nettoerträge von Seite 293, Finanzen und Steuern: Im Jahr 2003 waren es 4,745 Milliarden Franken, im Voranschlag 2007 sind es 5,35 Milliarden Franken. Also hören Sie auf, landauf und landab diesen Blödsinn zu verzapfen! Sie machen sich völlig unglaubwürdig, und ich muss Ihnen sagen, die Lohnsumme beträgt 3,8 Milliarden Franken. Ich bin durchaus der Meinung, dass es bei einer solchen Lohnsumme von 3800 Millionen Franken durchaus Spielraum geben könnte für Stufenanstiege. Aber dafür ist nicht das Parlament zuständig. Und wenn es die Regierung bei dieser Riesenlohnsumme von 3,8 Milliarden Franken nicht fertig bringt, das Personal besser zufrieden zu stellen, dann können Sie nur eine Wahl haben: das bürgerliche Viererticket zu wählen! (*Heiterkeit.*) Besten Dank.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Ich glaube nicht, dass die Aussage, das Staatspersonal sei schlecht bezahlt, einer genauen Prüfung standhalten würde. Aus unserer Sicht ist das Lohnsystem grundsätzlich nicht bestritten. Ich habe hier einmal ausgeführt, es wäre tatsächlich einmal zu überprüfen, ob es zeitgemäss sei. Der Vollzug dieses Lohnsystems und der dazu gehörenden Gesetze und Verordnungen ist Sache der Regierung. Rotationsgewinne gehören zum Gesamtsystem des Entlohnungssystems. Wie wir hörten, werden Rotationsgewinne durchaus zu Gunsten des Personals eingesetzt. In diesem Zusammenhang von «Abzügel» zu sprechen, finde ich schlicht nicht angebracht. Die Frage, wie die Sanierung der Kantonsfinanzen zu erfolgen hat, ist durch die Regierung zu beantworten. Ob auf dem Buckel der Angestellten oder zu Lasten anderer Budgetposten saniert wird, hat die Regierung uns vorzuschlagen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich festhalten, dass die Sanierungsprogramme im Rat bis heute mehrheitsfähig waren. Wir alle sind eigentlich mit dem Ziel einverstanden, dass diese Staatsfinanzen saniert werden müssen. Dazu gehören halt auch Massnahmen im Bereich des Personals.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Lieber Kollege Alfred Heer, wenn da jemand Blödsinn verzapft, dann waren Sie das gerade eben. Wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie aus den leicht gesteigerten Steuererträgen ableiten könnten, dass diese nur in die Kasse gespült wurden, weil Sie die Steuern gesenkt haben, dann ist das wirklich ein Kurzschluss. Denn soll ich Ihnen etwas sagen? Auch Kantone, die den Steuerfuss in den vergangenen Jahren nicht gesenkt haben, haben mehr Steuereinnahmen. Wie kann denn das jetzt sein? Das geht ja dann mit Ihrer Theorie, dass nur das Senken des Steuerfusses zu höheren Steuererträgen führt, irgendwie nicht zusammen. Sie hängen nach wie vor der wirklich schon längst widerlegten These nach, dass einzig und allein der Steuerfuss bei der Wahl eines Wohnortes oder bei der Wahl eines Standortes ausschlaggebend ist. Es zeigen aber alle Studien – nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis –, dass der Steuerfuss bei der Wahl eines Standortes einen gewissen Faktor darstellt, aber beileibe nicht den einzigen und beileibe nicht den wichtigsten. Ihre Betrachtung des Steuerfusses und seiner Bedeutung für den Standort hat wirklich nichts mehr mit Vernunft zu tun, sondern das ist ein Dogma, das Sie in den Raum stellen, das offenbar nicht diskutiert werden kann. Die Erklärung, dass die Steuererträge steigen, obwohl die Steuersätze gesunken sind, liegt ganz woanders, nämlich schlicht und einfach beim Umstand, dass das Volkseinkommen gestiegen ist, und schlicht und einfach beim Umstand, dass mehr Leute im Kanton Zürich wohnen. Und warum kommen die zu uns? Offenbar nicht wegen des Steuerfusses, denn wir leben ja nach Ihren Überlegungen in irgendeiner Steuerhölle, sondern weil sie hier Arbeit finden, weil sie hier eine Lebensqualität finden, weil sie hier ein gut ausgebautes Verkehrsnetz haben, weil sie hier gute öffentliche Dienstleistungen haben; alles Dinge, die Sie mit Ihrer Politik aufs Spiel setzen. Ich danke Ihnen.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Lieber Herr Märchenerzähler Alfred Heer, der Wirtschaftsstandort bleibt nur attraktiv, wenn die Infrastrukturen und die Dienstleistungen in diesem Kanton stimmen. Heute schon hat zum Beispiel das Amt für Arbeit und Wirtschaft zu wenige Ressourcen, um das Arbeitsgesetz zu vollziehen. Sie können das nachlesen in einer Anfrage (307/2006) für die Sonntagsarbeit.

Regierungsrat Hans Hollenstein, Sie haben nicht überzeugt. (*Heiterkeit.*) Sie schätzen, dass die Rotationsgewinne 0,2 Prozent ausmachen. Wir wissen, dass dies allein die Lehrkräfte bringen. Es enttäuscht, dass der Regierungsrat nicht beziffern kann, wie viele Einsparungen er mit dem elfmaligen Verzicht auf Stufenanstieg gemacht hat; das ist ja wirklich dramatisch. Sie drohen mit Entlassungen, Regierungsrat Hans Hollenstein. Wir wissen, dass das nicht nötig ist. Wir müssen an unserem Antrag offenbar festhalten, dass wir für den Stufenanstieg halt 60 Millionen Franken beantragen. Ich möchte aber betonen, dass ich überzeugt bin, dass dieser Betrag nicht ausgeschöpft werden muss. Ich habe Ihnen gezeigt, weshalb. Und ich habe noch einmal eine Frage an Sie: Wenn Sie im Frühjahr vielleicht endlich wissen, wie viel Rotationsgewinn Sie haben, wenn Sie fertig sind mit der Rechenschieberei, sind Sie dann bereit zu entscheiden, ob Sie dem Personal den Stufenanstieg gewähren möchten? Sie können das nämlich auch im Sommer machen. So viel Spielraum können wir Ihnen noch geben. Ich bitte Sie, das zu beantworten.

Für diese Abstimmung werden wir im Übrigen Namensaufruf beantragen. (*Unmutsäusserungen auf der rechten Ratsseite.*) Und wer will, dass dieser Verstoss gegen Treu und Glauben in Lohnfragen endlich ein Ende nimmt, der wird sicher nicht das Viererticket wählen, sondern zweimal links und einmal grün und für das Parlament SP. Danke.

Ernst Stocker-Rusterholz (SVP, Wädenswil): Einfach dass es einmal gesagt ist: Nicht nur Sie auf der andern Seite sind der Meinung, dass wir gutes Staats- und Gemeindepersonal haben. Wir reden ja immer auch ein bisschen vom Gemeindepersonal, weil diese auch nach den Besoldungsregeln des Kantons besoldet werden. Ich bin ganz klar der Meinung, unser Staats- und Gemeindepersonal erbringt gute bis sehr gute Leistungen und unser Staat und unsere Gemeinden sind nach wie vor gute Arbeitgeber. Jede Frau und jeder Mann, die oder der manchmal Einblick hat in andere Lohnlisten – vielleicht nicht gerade bei den Banken, den Dienstleistungen, dem Gewerbe im oberen Segment – weiss dies. Und ich glaube, Sie müssen einmal Ihre Basis fragen. Die weiss es nämlich auch. Sie haben nicht allein die Interessen des Staatspersonals gepachtet. Sie haben heute Morgen gesagt, liebe Julia Gerber: Wer kann heute seinen Kindern noch empfehlen, in den staatliche Dienst zu treten? Ich habe gerade eine Beige von Lehrstellengesuchen in der Stadt Wädenswil gesehen, anscheinend gibt es diese

Leute noch. Ich sehe bei den Bewerbungen für unsere Stellen Beigen von Leuten, die sich bewerben. Anscheinend sind die Gemeinde und, wie ich annehme, auch der Staat noch attraktiv für gewisse Leute. Wir geben zu, dass es in gewissen Segmenten enger wird als auch schon. Aber ich glaube, meine Damen und Herren auf der andern Seite, das Umfeld – Sie sind ja immer weit blickend über die Grenzen hinaus –, das Umfeld, in dem sich der Kanton Zürich befindet, müssen wir schlicht und einfach zur Kenntnis nehmen. Bis jetzt habe ich gedacht, es gebe nur Leute, die Scheuklappen haben, aber jetzt nehme ich manchmal zur Kenntnis, dass es Leute gibt, die blind sind. Wir befinden uns in einem Umfeld, das nicht mehr so rosig ist für den Kanton Zürich. Ich habe als ehemaliger Präsident noch Beziehungen über die Bodenseekonferenz in die Ostschweizer Kantone. Die haben ihr Goldgeld alles für die Schuldentilgung nehmen können oder sie können es auf einen Haufen legen und senken jetzt mit Hilfe der Basis, unserer Bevölkerung, die Steuern. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Und ich meine einfach auch noch als Hinweis: Sie waren mit Feuer und Flamme für die NFA. Heute tönt es von der Stadt Winterthur, von der Stadt Zürich und von allen grösseren Gemeinden, das gebe Belastungen, die zentralörtlichen Leistungen würden nicht abgegolten. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Kanton Zürich an Boden verliert. Wenn Sie jetzt einfach glauben, wir könnten das, was wir nicht haben, einfach so leicht verteilen, dann bin ich überzeugt, dass Sie falsch liegen.

Ich hoffe auch, dass wir unserem Staatspersonal wieder einmal mehr Lohn geben können. Aber ich meine, der Teuerungsausgleich wird ein Stück weit wettgemacht, Finanzdirektor Hans Hollenstein hat es gesagt. Und jeder, der mit dem Staatspersonal zu tun hat, weiss, dass mit den Beförderungsmassnahmen sukzessive etwas gemacht werden kann. Die Tüchtigen und diejenigen, die unten sind, können belohnt werden. (*Zwischenruf von Julia Gerber: «So ist es eben nicht!»*) Sicher ist es so! Da kann ich Ihnen einmal eine Lohnliste der Stadt Wädenswil zeigen. So ist es und nicht anders! Und es wird auch kein Unterschied gemacht, ob es eine Frau oder ein Mann ist.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich bedaure es, dass hier jetzt grundsätzlich um ideologische Argumente und nicht um sachliche Fragen geht. Ich möchte den Kollegen Julia Gerber und auch Stefan Feld-

mann mal empfehlen, einen Ökonomiekurs an einer Fachhochschule zu besuchen. Wir betonen immer, dass wir sehr gute Fachhochschulen haben, warum profitieren Sie nicht mal davon? Es geht ja um Folgendes:

Um was geht es eigentlich? Steuern können nur bezahlt werden, wenn wir eine bestimmte Wertschöpfung haben. Wer trägt nun zu dieser guten Wertschöpfung in unserem Kanton bei? Ist es der Staat vielleicht teilweise oder ist es die Privatwirtschaft? Wer finanziert die Privatwirtschaft, Julia Gerber, Stefan Feldmann? Wer finanziert die Privatwirtschaft? Die Privaten. Die machen Investitionen, die tragen ein ganz gewaltiges Risiko. Und wenn nun die Unternehmen nicht so besteuert werden, wie man es sich vielleicht von linker Seite vorstellen würde, dann sind das keine Steuergeschenke, sondern das ist unser ökonomisches Prinzip, dass eben Gewinne wieder investiert werden. Und wer profitiert davon? Mitarbeiter und die ganze Allgemeinheit, weil eine hohe Wertschöpfung dann auch zu unserem Wohlstand beiträgt. Und das müssen wir mal sehen. Sie können nicht einfach alles abschöpfen, wie das in der DDR mal der Fall war, oder alles verstaatlichen, sondern wir brauchen die Privatwirtschaft, und die muss auch Atem haben. Es geht nicht nur um den Steuersatz alleine, sondern es geht darum, dass die Wirtschaft so funktioniert, dass auch wieder so viel investiert wird, dass die Zukunft gesichert wird.

Und aus diesem Grund muss ich Ihnen gar nicht sagen, was wir machen. Ich lehne Ihren Antrag ab. Wir müssen das aus gesamtwirtschaftlicher Sicht anschauen. Dankeschön.

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Stefan Feldmann, ich habe nichts gegen Ideologien. Ich habe auch nichts dagegen, wenn man Ideologien mit Überzeugung und Verve vertritt. Ich habe auch nichts gegen Polemik. (*Heiterkeit.*) Mühsam wird es aber, wenn einem Votum hier im Saal jeglicher Realitätsbezug abgeht. Wir haben heute Morgen schon gesagt, der Kanton hätte ein strukturelles Finanzproblem, da sind wir uns wahrscheinlich einig, nicht hingegen in den Gründen. Sie haben gesagt, dieses Problem rühre von den Steuersenkungen, die die bürgerliche Ratsmehrheit seinerzeit erzwungen hat. Also wenn etwas nicht strukturell ist in der Finanzpolitik, dann sind es sicher einmal Steuersenkungen. Denn diese könnten wir hier im Rat jederzeit ändern. Strukturell sind die Probleme, die sich nicht verändern, egal wie es der Konjunktur geht. Sie haben selber gerade gesagt, dass in gewis-

sen Kantonen mehr Steuern eingenommen wurden, weil es der Konjunktur gut geht. Und das ist genau der Beweis, dass es eben nicht strukturelle Probleme sind. So viel zum Ersten.

Und dann haben Sie gesagt, Steuern hätten mit der Standortattraktivität nicht viel zu tun. Ich rate Ihnen einfach: Lesen Sie die heutige Neue Zürcher Zeitung, dann können Sie sehen, was für einen Erfolg Obwalden mit seiner innovativen Steuerpolitik hatte. Sehr eindrücklich! Ich kann Ihnen diesen Artikel nur sehr empfehlen. Vielleicht interessiert es Sie auch, dass sämtliche Kantone um den Kanton Zürich herum dabei sind, ihre Steuern zu senken, oder dies bereits getan haben. Vielleicht sollte man sich auch auf Ihrer Seite Gedanken machen, wie wir dieser Herausforderung begegnen können. Dankeschön.

Peter Reinhard (EVP, Kloten) spricht zum zweiten Mal: Ernst Stocker, wir wissen schon, wie die Entwicklung läuft, und wir wissen auch – das gilt auch für Sie, Claudio Zanetti –, dass umliegende Kantone eigentlich Rosinenpicker sind. Die wissen, «Wir brauchen keine Infrastruktur, wir benutzen diejenige von Zürich.» Dass wir hier tatsächlich einen Ausgleich brauchen, ist wohl unbestritten, dafür setzen wir uns alle gleichermassen ein, hoffe ich und nehme ich an. Auf der andern Seite, Theo Toggweiler, muss ich Ihnen schon sagen: Wie die Wirtschaft funktioniert, da brauchen wir nicht unbedingt einen Schulungskurs, auch nicht von Ihnen. Wenn wir von Ideologien reden, brauchen wir das auch nicht von Ihnen. Wir wissen, dass Sie die Wirtschaft ideologisch sehen. Aber ich muss Ihnen sagen, auch dieses Personal ist letztlich in einer Wirtschaft. Wir sind hier nicht in einem geschlossenen Elfenbeinturm und haben das Personal auf sicher. Wir haben alle Vorteile für dieses Personal in den vergangenen Jahren abgebaut. Wir waren früher davon ausgegangen, dass wir Beamte haben, die auf vier Jahre gewählt sind und die zumindest einen sicheren Job haben, wenn sie nicht mehr so viel verdienen wie in der Privatwirtschaft. Das haben wir abgebaut. Heute sind Sie auf dem freien Markt, und wenn Sie meinen, Sie können noch lange so abbauen, wenn Sie sehen, wie die Privatwirtschaft im Moment aufrüstet, weil sie weiss, dass sie Personal braucht, dann haben Sie eigentlich nicht erkannt, dass wir ein Teil dieser Wirtschaft sind und darum eben auch wirtschaftlich zu denken und zu handeln haben. Ich gebe Ihnen Recht, Alfred Heer, dass meine Leier immer dieselbe ist. Nur ist es falsch, wenn Sie meinen, es sei dann auch immer das Falsche. Ich sehe die Entwicklung im Detail. Sie

haben in verschiedenen Bereichen abgebaut, nicht nur beim Steuerfuss, auch bei Sondersteuern. Dieses Geld fehlt uns. Und wer bezahlt das? Das ist eben das Personal. Und diese Leier sage ich Ihnen auch noch hundert Mal, wenn Sie es hören möchten. Sie stimmt! Und es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, dass mit den Steuerfussenkungen plötzlich alle Millionäre hierher in den Kanton Zürich kommen und das Steuersubstrat zunehmen wird. Das ist nicht so. Es sind aber auch keine Millionäre gegangen, weil wir nicht noch tiefer sind als Zug zum Beispiel.

Ich empfehle Ihnen also auch, Ohrenstäbchen zu kaufen, damit Sie hören, was ich tatsächlich sage, und nicht annehmen müssen, was ich gesagt haben könnte. Wenn Ihnen das kein Anliegen ist, dass die Effizienz des Personals weiter gesteigert wird, dann muss ich Ihnen sagen, verweigern Sie tatsächlich auch in Zukunft Anpassungen beim Lohn. Und dann wird die Effizienz, die Moral eben die sein, die Sie sich nicht wünschen, und dann haben wir am Schluss Mehrkosten, die Sie teurer zu stehen kommen, als wenn wir jetzt anständig mit dem Personal umgehen. Bei der kommenden Euro 08 höre ich das schon wieder von einigen von Ihnen, wie Sie sagen, die Polizei solle jetzt da mal ein bisschen Präsenz markieren, sie solle aufmarschieren. Aber ich muss Ihnen sagen: Irgendwer zahlt das. Und kompensieren kann man nicht, wenn man nicht genügend Personal hat. Man kann auch nicht beliebig arbeiten, ohne entschädigt zu werden. Also hier beißen Sie sich selber in den Schwanz (*Heiterkeit*) und sind auch nicht sehr glaubwürdig.

Ich möchte Ihnen sagen, wenn wir schon alle Wahlempfehlungen abgeben: Wählen Sie die Mitte in den Regierungsrat und dann haben Sie eben etwas, das sich bewegt und nicht etwas, das immer stabil sich gegenseitig in eine Position drängt und keine Entwicklung zulässt. Wir wollen diese Entwicklung und daher werden wir dem Stufenanstieg zustimmen. Danke.

Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ernst Stocker, es freut mich zu hören, dass Sie der Ansicht sind, dass wir gutes Personal haben. Interessant ist ja auch zu hören, dass von allen Seiten eigentlich die Lohnforderungen als berechtigt angesehen werden. Dann sollte es Ihnen das Personal aber auch wert sein, die 60 Millionen Franken nun eben zu sprechen. Wahrscheinlich ist es ja sogar weniger, wie wir gehört haben, dank der Rotationsgewinne. Lohnansprüche für das Personal, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die-

ses Kantons, die sich für diesen Kanton einsetzen tagtäglich. Im Übrigen, muss ich sagen, verstehe ich Ihre Hemmungen nicht, diesem Antrag zuzustimmen. Wenn es um Steuern geht, können Sie, ohne mit der Wimper zu zucken, Entscheide treffen, die Einnahmenverluste von 450 Millionen Franken zur Folge haben.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Es scheint, als holen wir einen Teil der Eintretensdebatte bei diesem Antrag nach. Nun sei es so. Claudio Zanetti, ich glaube, Sie lesen wirklich nur die Artikel, die Ihnen in Ihre ideologische Brille passen. Ich kann Ihnen eine ganze Liste von Studien geben, die belegen, dass dem Steuerfuss keine so herausragende Rolle bei der Standortwahl zukommt, wie Sie glauben. Wenn Sie sagen, dass man rundum in allen Kantonen zurzeit daran ist, Steuersenkungen vorzubereiten, dann muss ich Ihnen sagen: Ja, das stimmt! Mir kommt das ein bisschen vor wie eine Herde Lemminge, die über die Klippe geht. Wir haben diese Steuersenkungen in den vergangenen Jahren einfach bereits gemacht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in den letzten acht Jahren Steuern abgeschafft haben, Steuern für juristische und natürliche Personen reduziert haben und zweimal den Steuerfuss gesenkt haben. Wenn wir dann noch die Steuerausfälle dazunehmen, die bei den Gemeinden auf Grund der Abschaffung der Handänderungssteuer angefallen sind, haben wir in diesem Kanton die Steuerlast um eine Milliarde Franken im Jahr gesenkt. Ja was glauben Sie denn? Dass das immer so weitergehen kann, dass noch ein Scheit und noch ein Scheit möglich ist? Irgendwo hat es einfach einmal eine Grenze! Wir haben diese Steuersenkungen schon vorgenommen, aber ich fürchte, Sie denken vermutlich, das könne immer so weitergehen. Aber Sie haben uns ja auch einmal in einem Inserat vorgerechnet, dass im Jahr 2050 oder so die Bevölkerung des Zürichs aus 140 Prozent Muslimen besteht. (*Heiterkeit.*) Ich denke, Sie rufen auch nach einer Steuersenkung, was wir hoffentlich zu verhindern wissen, wenn Sie die Steuerbelastung auf Null gesenkt haben. Dann noch ein Wort zu Ernst Stocker, zum Nationalbankgold. Ich muss Ihnen sagen, das ist in der Tat ein trauriges Kapitel, und wir auf der linken Seite hätten auch viel Besseres damit anzufangen gewusst, als es für den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung zu verwenden. Wenn Sie jetzt aber die andern Kantone, die dieses Geld nehmen und damit Steuern senken, als Beispiel anführen, muss ich Ihnen sagen: Wir haben genau das Gleiche gemacht. Wir haben dieses

Geld genommen und haben damit die Rechnung beglichen, die wir hatten, weil wir die Steuern gesenkt haben. Wir haben es einfach umgekehrt gemacht. Das ist der einzige Unterschied zu den von Ihnen so hoch gelobten Kantone. Ich danke Ihnen.

Alfred Heer (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Stefan Feldmann, Sie haben ja bestätigt, was ich gesagt habe. Sie haben mir bestätigt, dass trotz den Steuersenkungen die Steuereinnahmen zugelegt haben. Sie wollen einfach nicht zugeben und ich kann das Ihnen auch nicht beweisen, das gebe ich gerne zu, dass die Steuersenkungen tatsächlich zu diesen Mehreinnahmen geführt hätten. Wir können das nicht vergleichen, denn wir können ja nicht eine Parallelstudie laufen lassen, was passiert, wenn man den Steuerfuss erhöht, was passiert, wenn er gleich bleibt, und was passiert, wenn er gesenkt wird. Tatsache ist, dass wir die Steuern gesenkt haben, und Tatsache ist auch, dass die Steuereinnahmen überproportional zugenommen haben – trotz diesen Senkungen und um mehr als das Bevölkerungswachstum, das Sie angesprochen haben. Das ist einfach ein Fakt und da bin ich schon froh, wenn Sie das eingestehen. Wenn Sie von Arbeitsplätzen sprechen, dann muss ich Ihnen sagen: Ich sehe nicht, wo die SP jemals Arbeitsplätze geschaffen hätte, ausser vielleicht beim Staat. Wenn ich an die Steuereinnahmen denke, dann liefern vor allem die grossen Finanzdienstleister im Kanton Zürich Steuern ab, also UBS, CS, die Versicherungen und Treuhandfirmen et cetera. Ich glaube, ein Ausspruch der SP war ja immer «Bringt die Banken ins Wanken». Also Sie haben sich ja eigentlich noch nie stark gemacht für den Finanzplatz Kanton Zürich, welcher rund einen Viertel des Steuervolumens generiert. Auch von gewerblicher Seite her sind Sie nicht bekannt dafür, dass Sie Arbeitsplätze anbieten würden, damit die Leute Brot und Arbeit haben im Kanton Zürich. Das einzige, was Sie tun, Stefan Feldmann, ist Fordern, Fordern und Fordern. Aber selber etwas kreativ machen, da sehe ich nichts, da kommt nichts, und das ist eben billige Politik!

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Stefan Feldmann, wir haben jetzt eine schöne Auslegeordnung wie bei der Steuerfussdebatte, und das ist auch gut so, denn mich dünkt es wichtig. Das Personal ist ein ganz entscheidender Faktor für eine gute Arbeit von Kanton und Gemeinden. Aber Sie sind es, die den Sozialstaat dauernd ausbauen und so den finanziellen Spielraum unseres Staates in den letzten Jahrzehn-

ten so markant eingeschränkt haben. Da sind Sie an vorderster Front in der ausufernden Staatstätigkeit in einem sehr unproduktiven Bereich. Und schreiben Sie sich das mal auf die Fahne, dort müssen wir mal Mass halten. Sofort hätten wir entscheidend mehr Spielraum für die anderen Bereichen, Investitionen in Bildung, Gesundheit und für das Personal. Das haben wir Ihnen zu verdanken.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Die Diskussion über den Stufenanstieg ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Julia Gerber hat den Antrag gestellt, diese Abstimmung dem Namensaufruf zu unterstellen. Wir stellen fest, ob das zu Stande kommt.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen 72 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmung unter Namensaufruf (Ausgabenbremse)

Für den Minderheitsantrag von Julia Gerber stimmen folgende 73 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); De Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Egg Bernhard (SP, Elgg); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüeegg Julia (SP, Wädenswil); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hardegger Thomas (SP, Rüm- lang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hübscher Lilith C. (Grüne, Winterthur); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf);

Keller Ueli (SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Margreiter Ralf (Grüne, Oberrieden); Mauchle Thea (SP, Zürich); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rohweder-Lischer Maria (Grüne, Uetikon a.S.); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Seiz-Gut Silvia (SP, Zürich); Serra Jorge (SP, Winterthur); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Strahm Hedi (SP, Winterthur); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Widmer Graf Andrea (parteilos, Zürich); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Gegen den Minderheitsantrag von Julia Gerber stimmen folgende 94 Ratsmitglieder:

Angelsberger Barbara (FDP, Urdorf); Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Beat (FDP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Frei-Baumann Ruth (SVP, Gibswil); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP; Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich);

Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hug Adrian (CVP, Zürich); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Jenny Rolf (SVP, Herrliberg); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leiser Brigitta (CVP, Regensdorf); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Minder-Roost Irene (SVP, Seuzach); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Rath Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schmid Lorenz (CVP, Männedorf); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 4 Ratsmitglieder:

Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Germann Willy (CVP, Winterthur); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Mächler Peter (SVP, Zürich).

Abwesend sind folgende 9 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Lalli Emy (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Sauter Regine (FDP, Zürich); Walther Rolf (FDP, Zürich); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen.

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 73 Stimmen, den Minderheitsantrag 12 von Julia Gerber abzulehnen.

Antrag 9. *Minderheitsantrag Ernst Meyer, Felix Hess, Werner Honnegger, Inge Stutz, Bruno Walliser (STGK)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 172'930'748

neu: Fr. 372'930'748

Verbesserung: Fr. 200'000'000

Nachdem der Aufwand im laufenden Rechnungsjahr voraussichtlich um 200 Millionen Franken besser ausfällt, sollen diese Einsparungen auch im Budget 2007 fortgeschrieben werden.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Zuerst ein Dank an die Regierung für die Investition, dann zweitens an Finanzdirektor Hans Hollenstein für seine offene und ehrliche Information in der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*). Ich spreche hier im Namen der Gewerbegruppe Kantonsrat. Es geht um die Reduktion um 200 Millionen Franken im Aufwand. Laut Aussagen von Finanzdirektor Hans Hollenstein bei der Medienkonferenz vom 26. September dieses Jahres und auch anlässlich der Sitzung in der WAK wird die Rechnung um rund 200 Millionen Franken besser abschneiden als budgetiert, obwohl die Steuererträge, die Steuereingänge – und zwar die Steuereingänge insgesamt – um rund 50 Millionen Franken tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Diese Aufwandreduktion ist laut Regierungsrat Hans Hollenstein im Budget 2007 nicht enthalten. Mit dem vorliegenden Antrag sollen diese Einsparungen auch im Budget 2007 fortgeschrieben werden. Das Budget 2007 könnte somit nahezu ausgeglichen gestaltet werden.

Da es sich bei den Einsparungen um zahlreiche auch kleinere Positionen handelt, bietet sich das Konto 4950 als Sammelkonto an, um diese Aufwandreduktion vorzunehmen. Die Sanierungsprogramme 04 und 06 vermochten den Aufwand nur teilweise zu stabilisieren und nicht effektiv zu senken. Wir haben also eindeutig ein Aufwandproblem und kein Ertragsproblem, Stefan Feldmann. Denn für die Ertragszunahme von rund 200 Millionen Franken oder 2 Prozent vom Voranschlag 2006 zum Voranschlag 2007, wie sie ohne Ausgliederung der Spitäler eingetroffen wäre, sind hauptsächlich die höheren Steuereinnahmen verantwortlich. Die voraussichtliche Verschuldung des Kantons wird per Ende nächsten Jahres 5,7 Milliarden Franken betragen. Dies übrigens trotz des Golderlöses. Wäre dieser nämlich nicht eingetroffen, wäre das Eigenkapital schon per Ende dieses Jahres aufgebraucht. In den meisten andern Kantonen – ich betone das nochmals – werden oder wurden mit dem Golderlös Steuern gesenkt und Schulden abgebaut, Stefan Feldmann. Aber auch das wirtschaftliche Umfeld – jemand hat das schon gesagt – und die Konjunktur sollten jetzt eigentlich den Kanton dazu veranlassen, die Schulden abzubauen, und nicht das Gegenteil, ganz nach dem Motto, Stefan Feldmann, «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Das ist ein ganz einfacher Satz und den sollte man begreifen.

Mit dem jetzt vorliegenden Budget wird der mittelfristige Ausgleich von 2003 bis 2010 um rund 700 Millionen Franken – Finanzdirektor Hans Hollenstein hat das präzisiert: um rund 500 Millionen Franken nach den neusten Angaben – verfehlt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz ist der Regierungsrat in dieser Situation verpflichtet, dem Kantonsrat Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben vorzulegen. Mit unserer moderaten und weitsichtigen Aufwandreduktion sind wir letztlich der Regierung behilflich, den nötigen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen. Bei einer Fortführung dieser Anstrengungen in den Folgejahren könnte der mittelfristige Ausgleich erreicht werden. Der Regierungsrat könnte somit auch auf eine Anhebung des Steuerfusses verzichten, gleichzeitig wäre er dann sogar in der Lage, das Staatspersonal, Willy Furter, wieder besser zu entlönnen. – Jorge Serra ist schon gegangen und Julia Gerber im Sitz versunken. (*Heiterkeit.*) Ach nein, das ist ja gar nicht Julia Gerber. – Wenn nicht gleichzeitig von linker Seite wieder zusätzliche Ausgaben beschlossen werden, Stefan Feldmann! Ich betone es noch einmal, die verschiedenen Direktionen haben im ablaufenden Rechnungsjahr bewiesen, und zwar

eindrücklich bewiesen, dass sie durchaus in der Lage sind, zirka 200 Millionen Franken aufwandseitig zu sparen. Übrigens auch schon im Vorjahr 2005 hat die Regierung das Gleiche bewiesen, indem sie fast 150 Millionen Franken gespart hat, und zwar vom Budget zur Rechnung 2005. Deshalb ist es auch angezeigt, dass wir im Budget 2007 offen lassen, wo gespart wird. Wir können den Direktionen die Freiheit zugestehen. Wir sind überzeugt, dass sie diese Vorgaben vernünftig erfüllen werden; wir haben es ja bereits dieses Jahr miterlebt. Deshalb kann hier auch nicht von Rasenmähermethoden gesprochen werden, sondern ganz im Gegenteil: Es ist ein gewisser Vertrauensbeweis an Regierung und Verwaltung. Das ist manchmal mehr wert als eine Lohnerhöhung. (*Heiterkeit.*) Die Vorgabe muss als Hilfestellung jedoch bleiben. So könnten wir uns gemeinsam auf den kommenden Voranschlag freuen und müssten nicht von Voranschlag zu Voranschlag zittern.

Wir stehen kurz vor den Wahlen, noch ein Satz dazu. Man hat es ja von Julia Gerber eindrücklich gehört. Und vor den Wahlen braucht es eben Mut und Kraft, damit bei den Politikern die Vernunft und der Verstand nicht aussetzen. (*Heiterkeit.*) Die meisten wollen ja einfach ihre Wiederwahl sichern oder ein Abschiedsgeschenk verteilen, und da spielt es ja weniger eine Rolle, wenn man das Geld verteilt, das einem gar nicht gehört. Ausbaden können das ja die andern oder später dann unsere Kinder. Wer von Finanzen etwas versteht – und ich glaube, Stefan Feldmann versteht nicht viel davon, das hat er bewiesen – und den Staatshaushalt kennt, muss diesen Sparantrag unterstützen. Die Faktenlage ist klar und eindeutig. Übrigens, die schöngeistigen und «differenzierten» Anschauungen haben in der Vergangenheit keinerlei Resultate gebracht. Deshalb verzichten Sie lieber auf solche Begründungen, falls Sie mit dem Sparantrag nicht einverstanden sind. Sie machen sich nämlich bei genauerer Betrachtung nur lächerlich. Dass Linke diesen Sparantrag ablehnen, ist nicht anders zu erwarten, vielleicht mit Ausnahme von – Jorge Serra und Julia Gerber sind jetzt nicht hier, aber Willy Furter ist ja hier –, vielleicht mit Ausnahme von einigen Gewerkschaftern, Willy Furter und einigen Kollegen, denen das langfristige Wohl – das langfristige Wohl! – des Staatspersonals wirklich am Herzen liegt. Wie sagte Karl Lüönd letzthin an einer Podiumsdiskussion treffend? «Wenn man den Linken» oder eben Stefan Feldmann oder Julia Gerber «die Staatskasse anvertrauen würde, wäre das gleichzusetzen wie wenn man dem Hund die Verwaltung des

Wurstvorrates anvertrauen würde.» (*Heiterkeit.*) In diesem Sinne – das ist kein Scherz, da drüben (*auf der linken Ratsseite*) trifft das zu: Springen Sie trotz Wahlen einmal über Ihren Schatten! Beweisen Sie Mut und Kraft, Herr Scherrer (*Werner Scherrer, FDP, Bülach*), und unterstützen Sie diesen notwendigen und moderaten Sparantrag ...(*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Die Ertragsüberschüsse von insgesamt 3,3 Milliarden Franken, dies ohne die interne Verrechnung, aus den Jahren 1998 bis 2002 haben die bürgerliche Ratsseite zum richtigen Entscheid veranlasst. Wir haben die Steuern um insgesamt 8 Prozent gesenkt. Damals schwankte die Ertragsseite zwischen 1,6 und 5,6 Prozentpunkten. Seit 2003 zeigen unsere Rechnungen per Saldo Aufwandüberschüsse. Vergleicht man in diesen Jahren den Voranschlag mit der Rechnung, so sorgen Verbesserungen auf der Aufwand- wie auch auf der Ertragseite für einen besseren Jahresabschluss in der Höhe von 1 bis 2 Prozentpunkten. Sie liegen also im Streubereich. Wenn wir Freisinnigen in einer Leistungsgruppe eine offensichtliche Fehlbeurteilung angetroffen hätten, dann wären wir zu einem Kürzungsantrag bereit gewesen. Wir gehen jedoch von einem seriös vorbereiteten und gut begründeten Voranschlag aus.

Es ist für uns wichtig, Finanzdirektor Hans Hollenstein, wie sich die immer wieder erwähnten 180 Millionen Franken Saldoverbesserungen zusammensetzen. Sind sie wiederkehrend oder ist das eine einmalige Sache? Bei der einen oder anderen Position, zum Beispiel bei der Quellensteuer oder bei «Notariate, Grundbuch- und Konkursämter» können wir uns Verbesserungen vorstellen. Auch bezüglich der Beurteilung der Steuererträge erwarten wir gute Resultate. Wenn zwischen der Rechnung 2004 und dem Voranschlag 2007 die Steuererträge über 10 Prozent ansteigen, dann sind das 450 Millionen Franken. Wenn wir davon ausgehen können, dass das gute Börsenjahr 2006 einen entsprechend positiven Einfluss auf den Steuerertrag haben wird, dann werden die Rechnungen 2006 und 2007 positiver ausfallen.

Zum aktuellen Zeitpunkt sind Spekulationen ein schlechter Ratgeber. Mit einer besseren Datentransparenz und dank dem in der Exekutive erfahrenen Ökonomen, eben dem neuen Finanzdirektor Hans Hollenstein, erwarten wir ein übereinstimmendes Resultat. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Lieber Kollege Arnold Suter, erlauben Sie mir zwei kleine Vorbemerkungen, nachdem ich doch etwa zehnmal persönlich angesprochen worden bin. Zum Ersten: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not», da haben Sie mir voll aus dem Herzen gesprochen. Nur hat das Ihre Seite nicht getan. Sie hat Steuern für 833 Millionen Franken gesenkt und eben nicht gespart. Der zweite Punkt: Machen Sie sich nicht so viele Sorgen um meine finanziellen Kenntnisse. Ich bin doch schon seit einiger Zeit selbstständig erwerbend und bis jetzt noch nicht Konkurs gegangen. Ganz so schlecht ist es also offenbar um meine finanziellen Kenntnisse nicht bestellt.

Nun aber zum Antrag. Ich muss sagen, als ich die Begründung zum Minderheitsantrag im Bericht der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) gelesen habe, bin ich fast ein wenig neidisch auf die SVP geworden. Da suchen wir Linken schon seit Jahren nach Wegen, wie wir weitere Sparpakete abwenden können, und dann kommt die SVP daher und sagt: Nehmen wir einfach 200 Millionen Franken, stellen diese ins Konto «Nicht zugeordnete Sammelpositionen» und Abrakadabra ist der Ausgleich der Laufenden Rechnung bereits erreicht, ist kein weiteres Sparpaket mehr nötig! Da muss ich sagen, reibt man sich ein wenig die Augen ob dieser doch einfachen Lösung zur Umgehung von weiteren Sparmassnahmen.

Aber eben, bei genauerem Betrachten merkt man, dass der ganze Antrag nur ein kleiner Taschenspielertrick ist. Und mit Taschenspielertricks ist das so eine Sache: Nur Kinder und Leichtgläubige lassen sich davon beeindrucken, alle anderen wissen, dass ein Trick eben nur ein Trick ist, wie überraschend er auch immer verpackt sein mag. Hat sich denn die SVP Rechenschaft darüber abgelegt, wie viel der 200 Millionen Franken, die die Rechnung 2006 voraussichtlich besser abschliessen wird und die sie nun bereits im Budget 2007 streichen will, wie viel davon Einsparungen sind, welche sich jährlich wiederholen lassen, und wie viel davon einmalige Ereignisse sind? Nein, das hat sie natürlich nicht! Denn hätte sie das, dann wüsste sie, dass ein beträchtlicher Teil dieser Verbesserung durch einmaligen Effekt oder durch Verschiebungen auf kommende Jahre zustande gekommen ist. Hat sich die SVP Rechenschaft darüber abgelegt, wie viel der 200 Millionen Franken Saldoverbesserung durch tiefere Ausgaben und wie viel davon durch höhere Einnahmen zustande gekommen sind? Nein, das hat sie natürlich nicht, denn hätte sie das, dann wüsste sie, dass etwa die Hälfte dieses Betrages durch nicht budgetierte zusätzliche Ein-

nahmen generiert wurden. Und wo hat der Staat das Geld geholt? Bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ja will denn die SVP hier ernsthaft vorschlagen, dass der Kanton künftig jedes Jahr dieses Geld bei den Bürgerinnen und Bürgern aus der Tasche zieht? Das wären doch ganz neue Töne von Rechts.

Es braucht, so denke ich, hier nicht noch mehr Worte, um zu zeigen, dass der Antrag der SVP nicht viel mehr ist als heisse Luft; die gleiche alte heisse Luft, die Sie uns hier jedes Jahr vorsetzen. Ich denke beispielsweise an die linearen Kürzungen. Diesmal hat sie einfach wieder einmal einen neuen Weg gefunden, um diese heisse Luft zu präsentieren, genau so, wie das eben ein erfahrener Taschenspieler macht, der den immergleichen Trick in immer neuer Form präsentiert.

Namens der SP-Kantonsratsfraktion empfehle ich der SVP, sich beim Zirkus zu bewerben. Dort passt diese ihre Politik ganz gut hin. Dem Rest des Rates empfehlen wir, den Minderheitsantrag abzulehnen. Ich danke Ihnen.

Adrian Hug (CVP, Zürich): 200 Millionen Franken einsparen, der grosse Beitrag zur Sanierung der kantonalen Finanzen vonseiten der SVP! Lieber Arnold Suter, wo ist denn auch nur ein einziger Franken gespart mit diesem Antrag? Es ist eine Tatsache, dass jedes Jahr ein gewisser Anteil an nicht ausgeschöpften Krediten übrig bleibt und bei diesen Positionen besser abgeschlossen wird. Und jetzt, welche Überraschung, entdeckt die SVP diese Mittel als grosses Sparpotenzial. Dabei sind diese Einsparungen doch jeweils längst irgendwo wieder verbraucht in Form von weniger einschneidendem Leistungsabbau bei Sparpaketen, denn auch die Regierung hat gemerkt, dass solche Überschüsse da und dort wieder anfallen, und hat das mitberücksichtigt bei Sparpaketen in Form von weniger dramatischen Auswirkungen von Steuersenkungen, wo dann die SVP sagt «Es kam doch nicht so schlimm heraus wie erwartet». Auch hier hat das gespielt und schliesslich auch bei den Personalmassnahmen, denn die heute mehrfach erwähnten Rotationsgewinne haben selbstverständlich hier auch dazu beigetragen und werden jetzt in Form von höheren individuellen Lohnanpassungen wieder weitergegeben werden können. Jeder finanzielle Erfolg – und die 200 Millionen Franken, die hier erwähnt werden, sind ja eigentlich nur erhoffte – wird von dieser und jener Ratsseite bereits wieder verbucht und geistig ausgegeben. Ich sage Ihnen, das System geht so nicht auf!

Abgesehen davon ist der Vorstoss auch budgetrechtlicher Unsinn. Mit dem Voranschlag ermächtigen wir den Regierungsrat und die Verwaltung, bestimmte Ausgaben zu tätigen. Was bedeutet das nun, wenn irgendwo im Nirwana des Budgets eine 200-Millionen-Kürzung steht, die aber keinen direkten Bezug hat zu irgendwelchen Konten? Die Ermächtigung auf dem einzelnen Konto bleibt bestehen, die Verwaltung kann, wenn sie das Geld ausgeben will, dieses Geld ausgeben, und Ende Jahr wird man dann sehen, dass die 200 Millionen Franken immer noch im Nirwana stehen, nur sind sie nicht eingespart. Es funktioniert wirklich nicht so! Das ist reine Ankündigungsfinanzpolitik ins Blaue hinaus. Liebe SVP, statt linear dieses Jahr pauschal, aber im Endeffekt ist es genau dasselbe! Es ist alter Wein – und diesmal ziemlich saurer alter Wein – in neuen Schläuchen. Ausser Spesen nichts gewesen!

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon): Mit diesem Antrag wird ein Minusaufwand in einer Leistungsgruppe beantragt. Das gibt es in der Rechnung nicht. Im Prinzip ist ein Budgetkredit etwas, das eine Leistungsgruppe einhalten sollte. Wer etwas von Finanzen versteht, Arnold Suter, stellt nicht solche Anträge! Es geht hier zwar um eine spezielle Leistungsgruppe, aber dieser Antrag ist von vornweg nicht einzuhalten. Damit ist er eher eine Prognose eines Schlussergebnisses oder eine Erwartung im Sinne einer politischen Willensäusserung als ein Budgetkredit. Es hat etwas von Kaffeesatz-Lesen.

Ausgangspunkt der ganzen Diskussion ist der Zwischenbericht II zum Haushaltsvollzug 2006. Es ist richtig, dass per 31. August 2006 – und daran hat sich zwischenzeitlich nichts geändert – der Staatshaushalt um zirka 180 Millionen Franken besser ausfallen wird als budgetiert. Man hat aber auch darüber informiert, dass sich dieser Betrag aus Plus und Minus zusammensetzt und dass es nicht nur den Aufwand, sondern auch den Ertrag betrifft. Von den 180 Millionen Franken entfallen zirka 84 Millionen Franken auf Aufwandverbesserungen, also etwa die Hälfte, der Rest auf den Ertrag. Es ist bekannt, dass die Staatsrechnung meist etwas besser als budgetiert abschliesst. Wie hoch der Betrag dannzumal sein wird, hängt auch von unvorhergesehenen Entwicklungen ab. Dabei kann es leicht zu Abweichungen in zweistelligen Millionenbeträgen kommen, die sich dann auch noch summieren. Wir rechnen auf Grund der langjährigen Erfahrungen mit Verbesserungen von 100 Millionen Franken, wissen aber nicht, ob sie die Auf-

wand- oder Ertragseite betreffen und in welchem Globalbudget sie anfallen. Der Betrag entspricht etwa 1 Prozent des Umsatzes; wir sprechen also über die Feinsteuerung des Haushaltes. Mir scheint deshalb, dass der Antrag einer Prognose entspricht, wie die Rechnung dann nächstes Jahr nach Ansicht der Antragsteller ausfallen wird. Wir wissen nur eines: Das Ergebnis ist immer anders als die Prognose.

Der Antrag ist aus politischen Gründen als gefährlich anzusehen, denn es fragt sich, wie die Parteien reagieren würden, wenn der Regierungsrat jeweils im KEF 200 Millionen Franken per Saldo abziehen würde. Dass die Rechnung mit diesem Antrag ins Lot kommen würde, wie das die Gewerbegruppe des Kantonsrates meint, ist nicht der Fall. Besten Dank.

Werner Scherrer (FDP, Bülach): Ich hätte nicht gedacht, dass ich in dieser Situation das erste Mal das Wort an Sie richten darf. Ich muss es aber machen, weil ich Ihnen doch vor der Abstimmung noch mitteilen will, dass ich den Antrag von Arnold Suter unterstützen werde – trotz Arnold Suter! Dankeschön.

Heinz Jauch (EVP, Dübendorf): Lieber Arnold Suter, Sie haben mich motiviert, Ihnen gut zuzuhören. Wir haben uns bemüht, Ihnen zuzuhören, und zwar gut, aber wir gestehen: Alles verstanden haben wir nicht. Noch eine formelle Sache: In der Vorlage 4354a ist dieser Antrag als Minderheitsantrag der STGK formuliert. Sie haben aber gesagt, das sei ein Antrag der Gewerbegruppe.

Die EVP bleibt bei ihrer Entscheidung und lehnt den Minderheitsantrag ab. Interessant wäre es zu wissen, wie die Reaktion dieses Parlamentes wäre, wenn die Regierung auf einen solchen Gedanken gekommen wäre, in dieser Position das Budget um 200 Millionen Franken zu verbessern mit dem Ziel, den mittelfristigen Finanzausgleich zu erreichen. Ich glaube, dann hätten wir dem Regierungsrat zu Recht Taschenspielererei vorgeworfen.

Der Minderheitsantrag, ob Minderheitsantrag der STGK oder Antrag der Gewerbegruppe, ist abzulehnen.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Zum Formalen. Arnold Suter hat das Recht im engeren Sinn auf seiner Seite, es ist grundsätzlich möglich, aber sehr unüblich, einen Minusaufwand im Konto 4950 einzustellen.

Zum Zweiten: Der Antrag fusst auf einem Zwischenbericht II, dem zweiten Zwischenbericht zum Haushaltsvollzug 2006. Voraussichtlich werden es 180 bis 200 Millionen Franken sein – lieber 200 Millionen –, die die Rechnung besser abschliesst, aber das ist noch nicht garantiert. Ich warte gespannt, bis die Schlussabrechnung vorliegt.

Nun, wie Katharina Weibel zu Recht gesagt hat, könnten das Zufälligkeiten sein, einmalig oder wiederkehrend. Das alles kann man im Moment noch nicht sagen. Es ist ja ein wesentlicher Grund für das Entlastungsprogramm 08, dass wir gerade solchen Fragen auf den Grund gehen. Das interessiert uns von der Finanzverwaltung her sehr.

Nur ob sich pauschale Verbesserungen einstellen werden? Es ist doch überhaupt noch nichts passiert. Die Kunst ist nämlich, das richtig zuzuordnen und vor allem auch gerecht.

In diesem Sinn lassen Sie uns mehr tun, als die SVP will, nämlich nicht 200 Millionen Franken! Das Entlastungsprogramm beinhaltet 500 Millionen Franken. Aber das wollen wir analytisch und stufengerecht und kontengerecht machen. In diesem Sinn bitte ich Sie sehr, diesen Antrag abzulehnen. Wir wollen das E08 gut durchziehen und nicht jetzt im Voraus irgendeinen Betrag ins Budget setzen. Ich danke Ihnen.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Stefan Feldmann, nur zur Präzisierung und damit es jeder auch zu Hause nachschauen kann: Im Budget 2005 zur Rechnung 2005 – ich habe es zwar vorhin schon gesagt – sind im Aufwand knapp 150 Millionen Franken gespart worden, nicht einnahmenseitig, sondern nur aufwandseitig! Sie müssen halt das Budget vom Vorjahr behalten, dann können Sie das auch nachvollziehen. Im Jahr 2006 ist es ähnlich.

Und lieber Adrian Hug, wenn man keine Argumente mehr hat und den Antrag auch nicht verstehen will – bei Ihnen ist es Nicht-verstehen-Wollen, die andern verstehen ihn möglicherweise nicht, aber bei Ihnen ist es Nicht-wollen! (*Heiterkeit*) – und vor allem gar keine Vorschläge hat, nicht heute, nicht gestern, nicht vorgestern, noch nie habe ich Vorschläge gehört zu einer Verbesserung, und dann erzählt, es sei alter Wein in neuen Schläuchen, dann kommt mir bei Ihnen die Argumentation vor wie alter Wein in denselben Schläuchen. Ich bitte Sie nochmals ganz herzlich, diesen Brückenbauantrag zu unterstützen. Sehen Sie das Personal hier oben (*auf der Tribüne*)! Peter Reinhard,

hier können Sie etwas für das Personal in einem Jahr machen! Und ich wiederhole es nochmals:

Ich verlange Namensaufruf im Namen der Gewerbegruppe Kantonsrat.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Arnold Suter, ich will Ihnen nicht mit der gleichen Münze zurückzahlen und Ihnen unterstellen, dass Sie das Budget nicht lesen können; ich würde mir solches nie anmassen. Ich mache Sie einfach darauf aufmerksam, dass Sie von Steuereinnahmen gesprochen haben. Ich habe von Erträgen gesprochen. Es kann auch auf der Ertragsseite etwas passieren, ohne dass dies Steuereinnahmen sind. Der Kanton hat nicht nur Steuereinnahmen. Adrian Hug hat von Rotationsgewinnen gesprochen. vielleicht sollten Sie sich mit der Nomenklatur einmal ein wenig genauer auseinandersetzen. Ich danke.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Arnold Suter hat Antrag gestellt, diese Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Wir stellen fest, ob der Namensaufruf zustande kommt.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen 58 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmung unter Namensaufruf

Für den Minderheitsantrag von Ernst Meyer stimmen folgende 61 Ratsmitglieder:

Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Frei-Baumann

Ruth (SVP, Gibswil); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Jenny Rolf (SVP, Herrliberg); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rütli); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Minder-Roost Irene (SVP, Seuzach); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Müller Walter (SVP, Pfungen); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Rath Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Gegen den Minderheitsantrag von Ernst Meyer stimmen folgende 107 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Angelsberger Barbara (FDP, Urdorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Badertscher Beat (FDP, Zürich); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Bürgi André (SP, Bülach); Burllet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Clerici Max F. (FDP, Horgen); De Mestral Yves (SP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hübscher Lilith C. (Grüne, Winterthur); Hug Adrian (CVP, Zürich); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leiser Brigitta (CVP, Regensdorf); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Oberrieden); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Mauchle Thea (SP, Zürich); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP,

Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rohweder-Lischer Maria (Grüne, Uetikon a.S.); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Seiz-Gut Silvia (SP, Zürich); Serra Jorge (SP, Winterthur); Simionidahn Anita (FDP, Andelfingen); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Strahm Hedi (SP, Winterthur); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Widmer Graf Andrea (parteilos, Zürich); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten hat sich folgendes Ratsmitglied:
Schmid Lorenz (CVP, Männedorf).

Abwesend sind folgende 10 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Burger Andreas (SP, Urdorf); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Lalli Emy (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Sauter Regine (FDP, Zürich); Walther Rolf (FDP, Zürich); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Der Kantonsrat beschliesst mit 107 : 61 Stimmen, den Minderheitsantrag 9 von Ernst Meyer abzulehnen.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Damit sind wir am Ende der Querschnittsanträge angelangt. Jetzt steigen wir ins Kapitel 1, Regierungsrat und Staatskanzlei ein.

1 Regierungsrat und Staatskanzlei

Konto 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei

Antrag 1. *Minderheitsantrag Benedikt Gschwind, Ueli Annen, Barbara Bussmann, Esther Hildebrand, Andrea Sprecher, Rolf Steiner (STGK)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -17'047'000

neu: Fr. -17'297'000

Verschlechterung: Fr. 250'000

Aufhebung Stellenreduktion Rekursabteilung Staatskanzlei San04 (2 Stellen), Verkürzung der Bearbeitungsdauer von Rekursen.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Die Überlastung der Rekursabteilung der Staatskanzlei ist kein neues Thema. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Geschäftsprüfungskommission wiederholt damit beschäftigt und es kam immer wieder auch zu Vorstössen aus dem Kantonsrat, nicht nur von uns, auch von der EVP- und auch von der CVP-Fraktion. Die Regierung hat dabei wiederholt darauf hingewiesen, dass ihr dieser Umstand durchaus bewusst sei und sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten für organisatorische Verbesserungen sorgen wird. Auch die letztmals per 1. Juli 2001 und 1. Januar 2002 geschaffenen zwei zusätzlichen Juristenstellen konnten die hohe Pendenzenlast und lange durchschnittliche Erledigungsdauer von Rekursen aber nicht nachhaltig verringern. Wir attestieren der Staatskanzlei durchaus den guten Willen, mit den vorhandenen Mitteln ein Optimum herauszuholen, was auch mit einer Reorganisation im Dezember 2005 geschehen ist; Pendenzenmanagement und Geschäftskontrolle sind die Stichworte dazu. Doch dies allein reicht nicht, im Gegenteil: Durch das Sanierungsprogramm 04 wurden die zwei zusätzlichen Stellen wieder gestrichen. Dies wollen wir nun mit unserem Antrag rückgängig machen.

Eine gute Dotierung dieser Rekursabteilung und rasche Erledigung der Pendenzen sind nicht nur ein «Nice-to-have»-Anliegen. Es geht um die Erfüllung von gesetzlichen Vorgaben. Das Verwaltungsrechtspflegegesetz verlangt ganz klar, dass eingeleitete Verfahren beförderlich zu behandeln seien und die Entscheide 60 Tage nach Abschluss der Sachverhaltsermittlung abzuschliessen seien. Das Problem ist nun, dass für die Rechtssuchenden nie ganz klar ist, wann genau diese 60-

Tage-Frist beginnt. Die jeweils zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter haben dabei einen grossen Ermessensspielraum. Die Rekursstatistik kann mit einer «Pro-Forma-Ausdehnung» der Dauer der Sachverhaltsermittlung auch geschönt werden. Für die Rechtssuchenden ist dieser Zustand unhaltbar. Gemäss Staatskanzlei beträgt die durchschnittliche Erledigungsdauer zurzeit 333 Tage. Doch dies ist ein Durchschnittswert. Hauptbetroffen sind Fälle aus dem Migrationsamt betreffend das Aufenthaltsrecht in der Schweiz. Es ist nicht haltbar, dass Rechtssuchende derart lange hingehalten werden und nicht wissen, ob sie eine Zukunft in der Schweiz haben oder nicht. Auch die SVP, auch die Anhängerinnen und Anhänger einer restriktiven Ausländerpolitik fordern ja hier immer wieder auch rasche Entscheide. Auch für die Gemeinden, die Rekurse an die Regierung weiterziehen, ist die Rechtsunsicherheit unhaltbar und blockiert viele Projekte. Das führt auch zu volkswirtschaftlichen Schäden.

Mit der Überführung weiterer Fälle aus dem Baurecht an die Baurekurskommission kommt es nun gewiss zu einer kleinen Entlastung. Doch die reicht nicht für eine nachhaltige Verbesserung aus. Deshalb halten wir daran fest, dass die Streichung im Sanierungsprogramm 04 ein Unsinn war und rückgängig zu machen ist. Wir sind uns bewusst, dass die Stellenbewirtschaftung in der Kompetenz des Regierungsrates ist, doch wollen wir mit unserem Antrag die dafür nötigen Mittel in den Voranschlag einstellen. In diesem Sinne bitten Sie die Kommissionminderheit in der STGK und auch die SP-Fraktion, bei Konto 1000 der Verschlechterung von 250'000 Franken zuzustimmen und damit die Stellenreduktion vom Sanierungsprogramm 04 rückgängig zu machen.

Heinz Jauch (EVP, Dübendorf): Die EVP-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag ab. Zwar haben auch wir die Forderung, dass die Bearbeitungsdauer von Rekursen spürbar verkürzt werden muss. Mit dem neuen Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung ging, wie gehört, in diesem Jahr ein Teil von Rekursfällen, die bisher durch den Regierungsrat entschieden wurden, an die Baurekurskommissionen. Meines Wissens haben die Baurekurskommissionen aufgestockt werden können. Die EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass jetzt zuerst einmal Erfahrungen gesammelt werden sollten, wie sich diese Entlastung bei der Staatskanzlei auswirken wird – wir möchten das verfolgen können – und wie sich die gewünschte

oder geforderte Verkürzung der Behandlungsdauer auswirken wird. Sollten die Erwartungen nicht erfüllt werden und die Entscheide also nicht innert vernünftiger Frist gefällt werden können, so können wir in einem oder zwei Jahren wieder auf diesen Antrag zurückkommen.

Die EVP-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag ab.

Felix Hess (SVP, Mönchaltorf): Die Aufhebung der Stellenreduktion gemäss dem Sanierungsprogramm 04 um zwei Stellen bei der Staatskanzlei lehnen wir ab und damit auch den Minderheitsantrag. Natürlich müssen bei der Staatskanzlei die Pendenzen auf ein normales Mass abgebaut werden. Die erfolgt aber mit den dort bereits eingeleiteten Massnahmen. Dabei denke ich vor allem an die Bereinigung im personell-qualitativen Bereich, aber auch im organisatorischen Bereich. Auch bei juristischer Tätigkeit kann mit konsequentem Fallmanagement der Output massiv verbessert werden. Zudem – es ist schon erwähnt worden – ist die Staatskanzlei seit dem 1. Januar 2006 wegen des geänderten Organisationsgesetzes Regierungsrat von den baurechtlichen Rekursen entlastet. Neu sind dafür die Baurekurskommissionen (BRK) zuständig, deren Präsident der Präsidentenkonferenz ich bin. Der Falleingang bei der BRK im Bereich Bauten ausserhalb der Bauzonen und im Bereich UVP-Fälle (*Umweltverträglichkeitsprüfung*), die ja jetzt eben bei der BRK sind, lässt ab 1. Januar 2006 bei uns darauf schliessen, dass die Staatskanzlei stark entlastet wurde durch den Wegfall der Baurechtsgeschäfte, und zwar um zirka zwei Stellen hochgerechnet. Damit erfolgte schon ohne Minderheitsantrag eine deutliche Verbesserung der Situation bei der Staatskanzlei. Das genügt vorläufig. Danke.

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon): Ich kann es kurz machen. Wir sind der Meinung, dass der Missstand der hohen Pendenzen bei den Rekursen nur begegnet werden kann, wenn man personalseitig reagiert, unabhängig von der Neuorganisation in Bezug auf die Baurekurskommission. Die Zahl der Pendenzen ist trotzdem noch sehr hoch, viel zu hoch. Die Übertragung der Fälle an die Baurekurskommission ist im Personaletat bereits berücksichtigt. Wir halten an den Antrag fest. Bitte unterstützen Sie diesen. Besten Dank.

Regierungsrätin Rita Fuhrer, Vizepräsidentin des Regierungsrates:
Der Regierungsrat ist sich natürlich bewusst, dass Rekurse möglichst speditiv erledigt werden sollen; das wird auch erwartet. Und es ist eine Tatsache, dass derzeit der Arbeitsvorrat bezüglich Rekurse zu hoch ist in der Staatskanzlei. Man hat deshalb befristet eine Stelle eingesetzt zum Abbau der Rekurse und Pendenzen. Diese Leute werden noch eingearbeitet, es ist noch nicht so weit, dass sie wirklich ihre Arbeit so erledigen können, wie das dann erwartet wird. Die Einarbeitungszeit ist allerdings auch nicht allzu lange. Wir erwarten eine baldige Effizienz auch von dieser Stelle. Wir werden im nächsten Jahr dann die Situation wieder neu beurteilen. Vermutlich findet der richtige Umgang mit diesem Problem statt, indem alljährlich die Situation und die Arbeitspendenzen neu beurteilt werden. Der Regierungsrat behält sich das auch vor. Ich danke für Ihr Verständnis.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Wir stimmen ab. Diese Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 1 von Benedikt Gschwind mit 97 : 62 Stimmen ab.

Konto 1990, Sanierungsprogramm 04

Keine Bemerkungen; genehmigt.

2 Direktion der Justiz und des Innern

Konto 2204, Strafverfolgung Erwachsene

Antrag 2. **Minderheitsantrag Natalie Vieli, Stefan Feldmann, Julia Gerber Rüegg, Erika Ziltener (FIKO)**

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -67'340'800

neu: Fr. -67'840'800

Verschlechterung: Fr. 500'000

Besondere Staatsanwaltschaften III, Wirtschaftsdelikte: Aufstockung um zwei Vollzeitstellen bei den Staatsanwälten zur Bekämpfung der anhaltenden Überlastung sowie der übermässig vielen Langzeitpendenzen und den damit verbundenen langen Verfahrensdauern.

Gabriele Petri (Grüne, Zürich): Ich rede hier zu diesem Thema nicht in der Funktion der Justizkommissionspräsidentin, sondern nur mit dem Wissen und den Erfahrungen der Präsidentin.

Der Regierungsrat hat in seinem Beschluss vom 4. Oktober 2006 festgehalten, dass die Wirtschaftskriminalität ein Schwerpunkt in der Strafverfolgung im Kanton Zürich bildet und dass mit dieser Vorgabe auch die Planung und die Steuerung der Ressourcen verbunden sind. Wenn wir jetzt über zwei zusätzliche Staatsanwälte in der spezialisierten Staatsanwaltschaft III, Wirtschaftsdelikte, diskutieren, muss Ihnen klar sein, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates auch im Bereich der Wirtschaftsdelikte im Brennpunkt unserer Diskussion steht. Diese Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates steht heute auf dem Spiel und es ist dringend nötig, sie zu stärken. Seit Jahren aus unseren Geschäftsberichten oder spätestens seit dem so genannten Fall «Swissair» ist bekannt, dass die auf komplexe Fälle spezialisierte Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte überproportional viele Langzeitpendenzen aufweist. Diese Pendenzen dürften sich in den nächsten Jahren noch verstärken.

Die Überbelastung erstaunt nicht. Seit Jahren wird von dieser so gut arbeitenden Amtsstelle mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass vernünftigerweise jeder Staatsanwalt drei bis vier Fälle parallel bearbeiten sollte, dass es aber heute durchschnittlich über neun Fälle nebeneinander zu bearbeiten gilt. Und noch viel entscheidender: Normalerweise dauert die Untersuchungsführung für einen Wirtschaftsfall ein Jahr, doch heute sind eineinhalb bis drei Jahre die Regel. Und bei ganz

grossen und komplexen Fällen vergehen gar fünf Jahre, bis der Fall ans Gericht weitergeleitet werden kann. Genau diese lange Untersuchungsdauer scheint mir gerade für die Rechtsuchenden, für Sie, für uns, für den Betrieb, für Ihre Firma, für Ihre Pensionskasse möglicherweise besonders problematisch, weil eine mögliche Verjährung von Delikten – und es kommt zu Teilverjährungen –, weil eine Verjährung während ihrer Bearbeitung durch die Strafuntersuchungsbehörden oder im Rechtsmittelverfahren die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates doch in Frage stellt – massiv in Frage stellt. Dazu meint der Geschäftsbericht der Oberstaatsanwaltschaft, ich zitiere: «Eine Entspannung ist bei gleich bleibendem Ressourceneinsatz nur absehbar, wenn die Zahl neuer Verfahren über längere Zeit zurückgeht.» Aber von einem Rückgang der komplexen Wirtschaftsfälle kann ganz offensichtlich nicht die Rede sein. Ich erinnere Sie nur an die jüngsten Vorfälle im Zusammenhang mit Pensionskassen. Es wird nicht weniger, es wird mehr. Und auch bei jährlichen Besuchen bei der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte durch die Justizkommission, diesmal von Hans Egloff und mir, konnten wir uns davon überzeugen, dass die Staatsanwaltschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Interne Effizienzsteigerungen sind kaum mehr zu erwarten und auch bei den von Justizdirektor Markus Notter in Aussicht gestellten strafprozessrechtlichen Massnahmen in der kommenden eidgenössischen Strafprozessordnung – wie etwa die so genannte verfahrensbeendende Absprache – ist höchst unwahrscheinlich, dass sie in unserer Rechtsordnung Platz finden. Was neu dazu kommt, ist eine uns, das heisst Hans Egloff und mir, skizzierte neue Projektidee der Justizdirektion und der Oberstaatsanwaltschaft mit dem sinnigen Namen «Quo vadis». Das Projekt sieht kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vor; verspricht sie zumindest. «Quo vadis» ist eher eine längere Geschichte, so vermute ich, vielleicht nicht ganz 2000 Jahre. Aber dazu wird bestimmt Justizdirektor Markus Notter noch sein Wort an uns richten.

Was bleibt, ist der offensichtliche personelle Ressourcenmangel im Bereich der Wirtschaftsdelikte. Es fehlen Staatsanwälte. Mit zwei zusätzlichen Staatsanwälten, wie wir das vorschlagen, wird diese Schwachstelle in der Strafverfolgung vorerst gedeckt. Aber – und das ist entscheidend – mit zwei zusätzlichen Staatsanwälten wird das Massnahmenpaket der Justizdirektion nicht negativ präjudiziert, weil auch mit diesem Massnahmenpaket zusätzliche Staatsanwälte nötig

sein werden. Nötig sind sie schon lang, schon längst, Regierungsrat Markus Notter! Ich weiss, Sie dürfen als Regierungsrat nicht wollen, aber als Justizdirektor sollten Sie eigentlich schon längst wollen müssen.

Geschätzte Anwesende, Sie übernehmen heute die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates auch im Bereich der Wirtschaftskriminalität, den Sie nachher fällen. Oder vielleicht in Ihrer Sprache: Der Finanzplatz Zürich wird es Ihnen danken, wenn Sie auch da tätig sind.

Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster), Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit hat sich als Sach- und Fachkommission auf Anraten der Justizkommission mit der Überlastungsproblematik der Staatsanwaltschaften bei der Behandlung des Budgets beschäftigt. Ich verweise dazu auf den Bericht auf Seite 27 des Antrags der Finanzkommission zum Voranschlag 2007. Ich möchte Ihnen zur Ergänzung noch Folgendes mitgeben:

Bei der Beratung des Globalbudgets 2204 wurde uns seitens der Justizdirektion dargelegt, dass sich die Personalkosten erhöhen. Einerseits sind diese Erhöhungen auf die Vorgaben für Teuerungen und Beförderungen und Zunahme der Dienstaltersgeschenke andererseits aber auch für Anstellung von Aushilfen zurückzuführen. Die Stellenaufstockung ist im Übrigen auch aus dem KEF auf Seite 99 ersichtlich. Die Kosten für diese Stellen werden zum Teil aus Rücklagen gedeckt. Der im Bericht auf Seite 27 angesprochene Bericht der Justizdirektion ist der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit auf Ende Jahr in Aussicht gestellt, der Protokollauszug der Justizkommission, auf den Gabriele Petri nun Bezug genommen hat, haben wir noch nicht erhalten.

Es ist im Übrigen nicht so, dass der Regierungsrat wie auch die Direktion in Bezug auf das Problem der Überlastung der Staatsanwaltschaften, nicht nur dasjenige der Staatsanwaltschaft III, untätig bleibt; auch Gabriele Petri hat dies schon angesprochen. Zum einen wurden durch den Regierungsrat Schwerpunkte in der Strafverfolgung gesetzt. Einer davon ist derjenige der Wirtschaftskriminalität wie der Medienmitteilung des Regierungsrates vom 4. Oktober 2006 entnommen werden konnte. Hier wird Potenzial durch eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften geortet. Zudem beabsich-

tigt die Justizdirektion dem Kantonsrat in Kürze eine Vorlage zukommen zu lassen, deren Inhalt ich Ihnen aus Gründen des Sitzungsgeheimnisses nicht darlegen kann und will.

Ich kann Ihnen aber noch bekannt geben, dass die FDP-Fraktion dieser Erhöhung nicht zustimmen wird. Im Weiteren kann ich Ihnen sagen, dass der Minderheitsantrag der Finanzkommission gestellt wurde, nachdem die KJS ihre Beratungen zum Budget abgeschlossen hatte, und es fand kein Differenzbereinigungsverfahren statt. Ich danke Ihnen.

Andrea Sprecher (SP, Zürich): Wir unterstützen diesen Minderheitsantrag, denn wir haben während den letzten Jahren mehr als gut genug beobachtet, zugehört und gelesen, um zu wissen, dass im Bereich der Strafverfolgung schnelles Handeln notwendig ist. Wir unterstützen den Antrag, weil wir am Rechtsstaat und seiner Funktionsfähigkeit hängen. Und wir befürchten, dass ohne sofortige Massnahmen ein zentraler Stützpfeiler unseres Systems gefährlich ins Wanken gerät.

Mit dem Zuhören und Austasten sind wir aber offensichtlich in der Minderheit. Anders lässt sich nicht erklären, warum bisher keine der Forderungen nach mehr Ressourcen eine Mehrheit gefunden hat. Das ist umso bedenklicher, wenn man schaut, wie oft Sie von der Mehrheit Gelegenheit gehabt hätten, den Notstand in der Strafverfolgung zu erkennen. Ich habe nämlich einmal grob nachgezählt: In den letzten sechs Jahresberichten der Justizkommission ist regelmässig der Hinweis auf die Überbelastung in der Strafverfolgung zu finden. Anlässlich der Budgetdebatten forderten immer mindestens zwei Personen mehr Ressourcen. Und das jüngste Beispiel ausserhalb der Budgetdebatten fand erst kürzlich im Zusammenhang mit der Einzelinitiative betreffend Behandlung komplexer Wirtschaftsstrafrechtsfälle statt. Sie hätten also gemäss meiner Rechnung innerhalb weniger Jahre mindestens 20mal entweder lesen oder hören können, dass die Strafverfolgung an der Grenze ihrer Belastbarkeit arbeitet. Offensichtlich haben Sie das nicht getan oder nicht tun wollen. Aus diesem Grund möchte ich die drei wichtigsten Punkte für Sie wiederholen, in der Hoffnung, dass Sie es diesmal aufnehmen mögen.

Erstens: Die überdurchschnittliche Belastung der Staatsanwaltschaft III besteht nicht erst seit dem Swissair-Falls, sondern bestand schon vorher. Der Swissair-Fall ist nur einer von zirka fünf Schlüsselfällen

dieser Grösse. Diese ständige Überbelastung hat zu überproportional vielen Langzeitpendenzen geführt; wir haben das gehört.

Zweitens: Mittelfristig – so ist es auch dieses Jahr im Bericht der Justizkommission zu lesen – ist keine Abnahme der Überbelastung zu erwarten. Und zudem wissen wir nicht, ob und wie viele Fälle in ähnlicher Grösse auf die Staatsanwaltschaft III zukommen werden. Denn das liegt eben in der Natur der Sache: Wir können die Eingänge nicht steuern. Einfluss nehmen können wir höchstens auf der andern Seite, derjenigen der Ressourcen.

Und drittens: Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Kanton Zürich ist nicht nur für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates von grosser Bedeutung. Ein Funktionieren in diesem Bereich ist nicht zuletzt auch als Standortfaktor wichtig. Für dieses Argument wenigstens müssten Sie ja zugänglich sein.

Wir sind nun nicht der Meinung, dass sich die Probleme in der Strafverfolgung alleine via Budget lösen lassen. Mit dieser kurzfristigen Massnahme, mit der der Personalbestand aufgestockt werden kann, ist das Problem nicht vom Tisch. Die Überbelastung hat nicht nur personelle, sie hat vor allem strukturelle Ursachen. Aus diesem Grund fordern wir dringend weitere Lösungsvarianten. Eine dieser Varianten sehen wir in der Form einer Organisationsüberprüfung. Und damit meinen wir nicht nur die äusserst heikle Priorisierung der Fälle, die zwar in Betracht gezogen wird, aber keinesfalls die einzige Massnahme sein kann. Weiter muss grundsätzlich die Frage gestellt werden, ob Untersuchungen wie der Fall Swissair überhaupt Sache eines einzigen Kantons sind. Allenfalls muss hier ganz konkret über die Grenzen des Föderalismus diskutiert werden. Grösse und Zuständigkeiten der heutigen Kantone sind für gewisse Fälle ungeeignet und führen zu einer Überforderung. In diesem Zusammenhang interessiert, wie die Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft oder auch der neuen Bundeskriminalpolizei aussieht. Das sind die mittel- und langfristigen Lösungsansätze, die wir – je früher, desto besser – an die Hand nehmen müssen.

Kurzfristig können wir der Überbelastung der Staatsanwaltschaft III aber nur mit zusätzlichen personellen Ressourcen Abhilfe schaffen, weshalb wir dem vorliegenden Antrag zustimmen. Wenn Sie zugehört haben, dann tun Sie es auch.

Thomas Ziegler (EVP, Elgg): Bekanntlich – und wir haben es wieder gehört – ist die Einzelinitiative Hans-Jacob Heitz (215/2006) in diesem Rat vor kurzem klar angenommen worden. Sie verlangt ja eine wirksamere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Denn wir alle wissen, dass die betroffenen Gerichtsorganisationen und die Staatsanwaltschaft III überlastet sind, und wir haben es auch wieder gehört. Langzeitpendenzen, Verjährungen sind die Folge davon. Das darf nicht sein im Sinne eines Rechtsstaates, auf den man sich verlassen, in den man Vertrauen haben kann! Sachlich ist der Mehraufwand für zwei Stellen mehr als ausgewiesen.

Die EVP stimmt deshalb diesem Antrag zu und bittet Sie, das Gleiche zu tun.

Hans Egloff (Aesch b. Birmensdorf): Andrea Sprecher, ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Trotzdem vertrete ich weiterhin den Ablehnungsantrag für die SVP-Fraktion.

Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Regula Thalmann ist angekündigt worden als Präsidentin der KJS und sie hat auch als solche gesprochen. Das ist an sich auch richtig, denn die KJS ist zuständig dafür, das Budget der Strafverfolgungsbehörden vorzubereiten. Der Justizkommission, der ich angehöre, steht es aber zu, die Aufsicht wahrzunehmen über die Strafverfolgungsbehörden. Die Justizkommission ist dafür verantwortlich, den ordentlichen Gang und die Geschäftstätigkeit für den Kantonsrat zu überwachen. Um diese Aufsicht wahrzunehmen, laden wir etwa Justizdirektor Markus Notter, seine Chefbeamten oder die zuständigen Verantwortlichen zu unseren Sitzungen ein. Alle Amtsstellen werden von uns auch im regelmässigen Turnus visitiert. Das Budget dieser Amtsstellen vorzubereiten, steht uns, der Justizkommission, aber nicht zu. Wie gesagt, diese Aufgabe hat die KJS wahrzunehmen. Hier orte ich einen Handlungsbedarf im Rahmen der Arbeiten für die neue Kommissionsarchitektur.

Nun aber zurück zum Antrag von Natalie Vieli. Die JUKO-Präsidentin, die ausdrücklich nicht als Präsidentin der Justizkommission gesprochen hat, Gabriele Petri, und ich haben die Staatsanwaltschaft III für Wirtschaftsdelikte vor ungefähr vier Wochen besucht und ein Gespräch geführt mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Thomas Manhart und dem Leitenden Staatsanwalt Christian Weber. Den objektiven Feststellungen und Ausführungen von Gabriele Petri möchte ich nicht widersprechen und dem ausdrücklich beipflichten,

was sie etwa zu den Aufgaben und auch zur hohen Geschäftslast dieser Amtsstelle ausgeführt hat. Lösungsansätze – und hier weiche ich jetzt ab vom Standpunkt von Gabriele Petri – Lösungsansätze sind aber in Diskussion. Die Organisation wird überprüft. Es werden Massnahmen geprüft. Solche sind offenbar bereits geplant, und der Leitende Oberstaatsanwalt hat einen Antrag auch mit den entsprechenden Kostenfolgen für das nächste Jahr in Aussicht gestellt. Für heute – das hat er zweimal ausdrücklich gesagt beziehungsweise wiederholt – hätte er keine Budgetwünsche, das wären höchstens Geschenke. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass diese Amtsstelle bereits einige Mitarbeitende neu aufzunehmen hatte, und ein System kann nicht beliebig neue Staatsanwälte und neue Mitarbeitende innert kürzester Zeit aufnehmen.

Dieser Antrag von Natalie Vieli oder Gabriele Petri entspricht also einem Geschenk, das ausdrücklich nicht auf dem Wunschzettel dieser Amtsstelle steht, und ich stelle Ihnen daher den Antrag, diesen Budgetwunsch abzulehnen.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort hat der FIKO-Präsident Werner Rümlang, Bosshard – Werner Bosshard, Rümlang. (*Heiterkeit.*)

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der FIKO: Liebe Regula Uster, Thalmann (*Heiterkeit*), ich habe natürlich Ihre Kritik an der Finanzkommission gehört. Es ist nun einfach so, dass die Finanzkommission das letzte Wort haben kann vom Ablauf her. Die Sachkommissionen müssen ihre Berichte einschicken, und dann können wir noch darüber befinden. Wir konnten jetzt einfach meine liebe Kollegin Natalie Vieli nicht daran hindern, diesen Antrag noch zu stellen. Und da er ja eh in der Minderheit bleibt, gibt er auch keinen Anlass zum Hyperventilieren.

Regierungsrat Markus Notter: Es ist immer etwas schwierig, wenn das Parlament einem etwas schenken will, wie man sich als Regierungsrat zu verhalten hat. Ich habe es auch der Finanzkommission schriftlich mitgeteilt: Der Regierungsrat hat seinen Budgetentwurf verabschiedet, es ist nicht Sache der Direktionen, hier noch herumzu-

flicken. Deshalb bin ich nicht ermächtigt, dieses Geschenk anzunehmen. (*Heiterkeit.*)

Gleichwohl inhaltlich vielleicht ein, zwei Bemerkungen. Wir sind uns einig, was die Geschäftslast der Staatsanwaltschaft III anbelangt, der Strafverfolgungsbehörden generell: Sie ist sehr hoch. Wir haben der Finanzkommission und auch der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit einige Unterlagen zur Verfügung gestellt, die aber auch zeigen, dass im interkantonalen Vergleich diese Belastung nicht so ist, dass wir sie als besonders katastrophal betrachten müssen. Die Staatsanwaltschaft III schliesst in verschiedenen Bereichen, was Altersstruktur der Fälle, Verfahrensdauer, Erledigungszahlen und Pendenzen anbelangt, sehr gut ab. Auch bezüglich der Pendenzen mit vergleichbaren anderen kantonalen Institutionen aus andern Kantonen schneidet die Staatsanwaltschaft III recht gut ab. Wir haben hier also nicht eine Notsituation oder eine Situation, die quasi ganz prekär wäre. Aber wir haben – was Sie nicht sehr zu interessieren scheint (*Der Geräuschpegel im Saal ist sehr hoch.*), aber es ist gleichwohl so – eine andauernd hohe Belastung gerade in diesem Bereich.

Zweitens, das wurde auch gesagt: Der Regierungsrat hat die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu einem Schwerpunkt seiner kriminalpolitische Ziele erklärt. Das heisst für uns natürlich, dass wir in diesem Bereich auch Massnahmen treffen müssen. Wir haben hier eine ganze Reihe von Massnahmen eingeleitet. Es sind neun kurzfristige Massnahmen darunter. Gabriele Petri, ich glaube, Sie kennen Sie auch, sie sind Ihnen auch im Rahmen von mündlichen Darlegungen erläutert worden. Es sind neun kurzfristige und sechs längerfristige Massnahmen. Darunter könnte auch eine Ressourcenerweiterung sein. Ob das dann bei den Staatsanwälten sein muss, ist noch etwas offen. Es ist eine ganze Palette von Massnahmen, die da aufgezählt werden. Es gibt auch Engpässe im Bereich der Bekämpfung der Wirtschaftsdelikte, die nicht unbedingt in erster Linie bei den Staatsanwälten liegen. Es sind zum Teil auch Engpässe bei Wirtschaftsprüfern zum Beispiel, Engpässe auch bei den Sachbearbeitern aus den entsprechenden Fachabteilungen der Polizei. Man muss also den ganzen Bereich der Tätigkeiten der Strafverfolgungsbehörde inklusive ihrer Unterstützungsorgane betrachten und dann, glaube ich, kommt man zu besseren Resultaten.

Nun, man muss darüber hinaus – das wurde auch schon gesagt – sich überlegen, wie auch die Gerichte organisiert sein sollen. Ich habe zur

Kenntnis genommen, dass Ihr Rat eine Einzelinitiative (215/2006) eines ehemaligen Mitglieds (*Hans-Jacob Heitz*) vorläufig unterstützt hat. Das ist interessant. Das gibt uns Gelegenheit, die Frage wieder aufzunehmen. Ein bisschen, das muss ich ehrlicherweise sagen, ein bisschen hat es mich dann aber schon gefuchst, dass niemand sich daran erinnert hat, dass wir zum Beispiel bei der letzten grossen Revision der Strafprozessgesetzgebung und des Gerichtsverfassungsgesetzes für diese Fälle eine spezielle Wirtschaftsabteilung an einem Kriminalgericht vorgesehen haben und dieser Rat dies nicht hat haben wollen. Sie sind darauf nicht eingetreten. Sie haben sich, glaube ich, nicht mehr daran erinnert, als Sie die Einzelinitiative Ihres ehemaligen Ratsmitglieds vorläufig unterstützt haben. Aber wir werden Sie im Zusammenhang mit der Berichterstattung wieder daran erinnern. Und wir werden auch Gelegenheit haben, bei der Anpassung der Gerichtsorganisation des Kantons Zürich an die eidgenössische Strafprozessordnung diese Idee wieder aufleben zu lassen, und ich bin zuversichtlich, dass Sie dann bei Ihnen bessere Aufnahme findet als das letzte Mal. Aber das ist das Los eines Justizdirektors, eines Mitglieds des Regierungsrates überhaupt, das geduldige Bohren von dicken Brettern und da sind wir immer dran. Einsichten, die nicht sofort vorhanden sind, können wachsen. Wir bemühen uns, zu diesem Wachstum beizutragen.

Für den Moment aber muss ich sagen, ist es hilfreich, dass das Parlament hier mitdenkt. Es ist auch hilfreich, dass das Parlament die Bereitschaft erklärt, hier Ressourcen zusätzlich einzusetzen. Aber mit diesen zwei Staatsanwaltstellen ist uns nicht wirklich geholfen. Und die Sorge, die wir auch ein bisschen haben, ist die, dass wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden, man dann so täte, als ob alles erledigt wäre. Gabriele Petri hat glücklicherweise darauf hingewiesen, dass es nicht so sein soll und dass, wenn Sie trotzdem zustimmen, das auch richtig ist. Ich kann für den Moment nur sagen: Wir haben hier eine ganze Palette von Massnahmen erarbeitet. Wir sind daran, diese umzusetzen, und ich habe der Finanzkommission mit Schreiben vom 17. November 2006 im Schlusssatz mitgeteilt «Wir schliessen nicht aus, dass diese Massnahmen einen erhöhten Finanzbedarf auslösen würden.», und ich bin dann dankbar, wenn Sie diesem zustimmen könnten, wenn das konkretisiert ist. Für den Moment aber bitte ich Sie, bei den Anträgen des Regierungsrates zu bleiben und uns in unseren Bemühungen anderwärts zu unterstützen.

12978

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort wird weiter nicht gewünscht, wir stimmen ab. Dieser Posten untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 2 von Natalie Vieli mit 93 : 71 Stimmen ab.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Infolge eines kleinen technischen Versehens – die Seiten sind zusammengeklebt – habe ich eine Seite übersprungen. Wir müssen das noch kurz nachholen. Keine Angst, es dauert ganz kurz.

Konto 1991, Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, Querschnittsmassnahmen

Konto 2201, Generalsekretariat II

Konto 2203, Zentrale Dienstleistungen II

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Jetzt geht es im ordentlichen Rhythmus weiter.

Konto 2205, Jugendstrafrechtspflege

Antrag von Susanne Rihs-Lanz

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -29'788'600

neu: Fr. -30'088'600

Verschlechterung: Fr. 300'000

Die Priorisierung der Fälle in der Jugendstrafrechtspflege ist aufzuheben. Die Einvernahmen der angeschuldigten Jugendlichen bei so genannten C-Fällen sollen wieder eingeführt werden. Dies kann nur durch eine Aufstockung des Personals in der Jugendstrafrechtspflege geschehen.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Wir kommen jetzt zu einem wichtigen Thema, das uns seit Wochen beschäftigt und das an Aktualität leider gewonnen hat.

Aus Spargründen und zur Entlastung der Jugendstrafrechtspflege wurde im Jahr 2003 in Fällen der Jugenddelinquenz die Fallpriorisierung eingeführt, das heisst bei so genannten C-Fällen wird auf die Einvernahme der angeschuldigten Jugendlichen durch die Jugendanwältinnen und -anwälte verzichtet. Es folgt nur noch ein schriftliches Verfahren, also ein Brieflein in den Briefkasten. Mit dieser Priorisierung haben wir uns von der Überzeugung verabschiedet, dass die persönliche Begegnung des Jugendlichen mit der Jugendanwaltschaft auch bei geringfügigen Delikten ein besonders grosses Gewicht hat und dass die persönliche Befragung den Jugendlichen zwingt, sich mit seinem Handeln, seinen Motiven und den Folgen der Tat auseinanderzusetzen. Mit der Priorisierung ist diese frühe Reflexion nicht mehr möglich. Jugendliche, die Übertretungen, kleine und auch grössere Diebstähle begehen, werden vom Staat kaum mehr zur Rechenschaft gezogen. Das hat natürlich Wirkung. Warum sollen sich Jugendliche bessern, ihr Verhalten ändern, wenn nach ihrem ersten Vergehen, ihrem ersten, zweiten kleinen Diebstahl nichts passiert? Die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen zeigt, dass Sparen bei den Massnahmen gegen Jugenddelinquenz das Dümme ist, was wir tun können.

Im Zusammenhang mit den Vorfällen in Zürich Seebach haben Fachleute immer wieder betont, dass straffällig gewordene Jugendliche sehr oft mit ganz kleinen Diebstählen beginnen, sie dann Schritt für Schritt grössere Vergehen begehen, bis sie dann schlussendlich in der Gewaltkriminalität landen. Eine Massnahme, um diese Gewaltspirale zu stoppen, wäre die Wiedereinführung der persönlichen Einvernahmen auch bei kleinen Vergehen. Bereits wurde ein Postulat von der SP eingereicht, dass die Fallpriorisierung aufheben will. Wir Grüne unterstützen diesen Vorstoss und stellen hier den Antrag, das Budget bei der Jugendstrafrechtspflege bereits jetzt für die teilweise Umsetzung dieses Vorstosses um 300'000 Franken zu erhöhen. Dass dieser Antrag für die völlige Aufhebung der Fallpriorisierung nicht ausreicht, ist uns sehr wohl bewusst. Unser Antrag ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Wir Grüne sind überzeugt, dass die Reaktion des Staates auf Vergehen von jungen Menschen eine Wirkung hat. Wir glauben daran, dass eine schnelle, pädagogisch sinnvolle Reaktion, eine sinnvolle

Massnahme des Staates ein definitives Auf-die-schiefe-Bahn-Geraten von Jugendlichen verhindern kann.

Es nützt nichts, bei jeder neuen Straftat von Jugendlichen zu sagen, man müsse halt für die Prävention sorgen, man müsse mehr tun für die Integration, man müsse die Jugendlichen härter anpacken. Es nützt nichts, darüber zu sprechen und über die Jugendlichen von heute zu jammern! Wir müssen Taten vollbringen, wir müssen etwas tun dagegen. Mit diesem Antrag können Sie hier und jetzt eine sinnvolle Massnahme im Kampf gegen die Jugendgewalt unterstützen. Sie können jetzt beweisen, dass Ihre Aktivitäten rund ums Thema Jugendkriminalität nicht nur ein Wahlprogramm war, sondern dass Sie wirklich auch etwas tun wollen gegen das Problem der Jugendkriminalität.

Ich bitte Sie sehr, diesen Antrag zu unterstützen zu Gunsten der Jugend, die zwar straffällig geworden ist, aber der man trotzdem helfen muss. Ich danke Ihnen.

Martin Naef (SP, Zürich): Wie Sie sich denken können, stimmen wir diesem Antrag zu. Er verfolgt nämlich das gleiche Ziel wie das von Andrea Sprecher, Cécile Krebs und mir eingereichte Postulat betreffend Gleichbehandlung in der Jugendstrafrechtspflege, welche eben diese Fallpriorisierung aufheben will.

Bei der per 1. Januar 2003 eingeführten Priorisierung geht es um eine so genannte ausserordentliche Entlastungsmassnahme, die eben nicht zu einer ordentlichen werden darf. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht auf die Anfrage 310/2005 zum gleichen Thema deutlich darauf hingewiesen, indem er ausgeführt hat: «Es lässt sich allerdings nicht verhehlen, dass durch die nachrangige Behandlung der Übertretung von Kindern und Jugendlichen ohne mündliche Befragung, Kategorie C, der erzieherische Auftrag des Jugendstrafverfahrens beeinträchtigt und damit ein gewisser Leistungsabbau in Kauf genommen wird.» Weiter ist hier zu lesen, dass sich – ich zitiere nochmals – «angesichts der anhaltend hohen Fallzahlen, namentlich bei Sparmassnahmen im Personalbereich, ein Qualitätsabbau nicht vermeiden liesse».

Wenn nun vor dem Hintergrund der erwähnten tragischen Ereignisse in Zürich Seebach und anderswo auf der einen Seite, auf unserer, mehr Prävention und auf Ihrer Seite, meine Damen und Herren gegenüber, irgendwie härteres Durchgreifen oder so ähnlich gefordert wird, dann

können Sie hier einmal den Tatbeweis erbringen, dass es Ihnen damit ernst ist, dass Sie nicht nur politisches Kapital aus diesen Ereignissen schlagen wollen, sondern dass diese auch zu einem Erkenntnisgewinn geführt haben. Es ist nämlich so – es wurde gesagt –, dass solche Taten in aller Regel nicht aus heiter hellem Himmel kommen. Das war ja auch bei den Angeschuldigten von Seebach offenbar nicht der Fall. Um aber eben frühzeitig Fehlentwicklungen, Defizite und Bedürfnisse von Jugendlichen erkennen zu können und dann auch zu intervenieren, ist es eben notwendig, dass auch bei Übertretungen auf die Jugendanwaltschaften vorgeladen wird, dass Gespräche mit dem Jugendlichen und seinen Eltern geführt werden, weil das Jugendstrafrecht eben ein Täterstrafrecht ist. Das heisst, die Frage, ob eine jugendstrafrechtliche Massnahme indiziert sei, ist nicht einfach eine Frage der Schwere der Tat, sondern eine Frage der Persönlichkeit des fehlbaren Jugendlichen.

Darum ist es dringend notwendig im Sinne der Prävention vor Straftaten und somit des Schutzes der Opfer, aber auch der rechtzeitigen – ich betone: rechtzeitigen – Wahrung der Chancen für Jugendliche mit Schwierigkeiten, dass wir hier dieses Zeichen setzen. Ich danke Ihnen.

Thomas Ziegler (EVP, Elgg): Dieser Antrag – wir haben es gehört – hängt mit dem Postulat 337/2006 zusammen, welches fordert, dass die Priorisierung bei der Jugendstrafrechtspflege aufgehoben wird. Wo diese Notstandsmassnahme, welche ja nur erklärbar ist mit der grossen Überlastung beziehungsweise Unterdotierung der Jugendstrafrechtsorgane, bedingt durch die unverantwortliche Sparwut auf Ihrer Seite da drüben, wo diese Notstandsmassnahme hinführt, haben wir gerade in den letzten Wochen leider mehrfach erleben müssen. «Der Tarif muss wieder erklärt werden! Grenzen müssen nicht nur gesetzt, sondern auch durchgesetzt werden!», so tönt es jetzt auch von Ihrer Seite nachgerade. Tatsächlich, wenn C-Fälle praktisch nicht und B-Fälle unzureichend behandelt werden – ich formuliere das einmal etwas pointiert –, dann haben wir tatsächlich immer mehr A-Fälle.

Ich bin deshalb erstens vorbehaltlos für die Überweisung dieses eingangs erwähnten Postulates und folglich aus sachlichen Gründen auch für den Antrag von Susanne Rihs. Die Aufstockung der Jugendanwaltschaften war immer ein Anliegen der EVP. Ein entsprechender Antrag von unserer Seite ist denn auch von diesem Rat überwiesen worden.

Die gesamte EVP-Fraktion, inklusive die Grünliberalen, stimmt diesem Antrag zu und bittet Sie alle, dies ebenfalls zu tun. Danke.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): «Ich denke niemals an die Zukunft, sie kommt früh genug.» Dieser ironisch gemeinte Ausspruch von Albert Einstein mag bei einem kriminellen Jugendlichen etwas bitter klingen. Das Problem der Jugendgewalt und der Jugendkriminalität hat ein Ausmass angenommen, das nach einer Reaktion ruft. Deliktischen Jugendlichen muss klar aufgezeigt werden, welchen Weg sie Gefahr laufen einzuschlagen.

Seit Monaten beschäftigt sich unsere Fraktion mit dem Thema Jugendgewalt und Jugendkriminalität als eines der Schwerpunktthemen. Nach diversen Gesprächen mit vielen Experten in diesem Bereich steht für uns fest: Die heutige Behandlung der so genannten C-Fälle ist ungenügend. Es ist für uns unbestritten, dass C-Fälle wegen des schriftlichen Verfahrens ihre erzieherische und präventive Wirkung verfehlen. Es muss den deliktischen Jugendlichen klar aufgezeigt werden, wo die Grenzen gesetzt sind.

Im Sinne einer Sofortmassnahme stimmen wir deshalb dem Antrag von Susanne Rihs zu. Wir erwarten dass die 300'000 Franken genau dem umschriebenen Ziel, nämlich der Einvernahme angeschuldigter Jugendlicher bereits bei geringfügigen Delikten gewidmet werden. Wir erwarten weiter, dass die Regierung in einem 30-Millionen-Globalbudget – so gross ist dasjenige der Jugendstrafrechtspflege – Wege findet, allfällig zusätzliche Aufstockungen durch interne Verlagerungen zu finanzieren.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Liebe Susanne Rihs, Ihre Beweggründe in Ehren, aber ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir diesem Ansinnen aus zwei Gründen nicht entsprechen können und wollen. Einerseits wollen wir selbstverständlich nicht das Resultat eines Postulates jetzt schon vorwegnehmen und zum Zweiten sind wir der Ansicht, dass die Verwahrlosung oder die viel gescholtene Gewalttätigkeit der Jugend nicht primär durch Stellen in der Justiz gelöst werden können. Martin Naef hat das Beispiel Seebach angeführt. Gerade dieses Beispiel führt einem ja vor Augen, dass die Priorisierung eigentlich gar nichts gebracht hat, respektive die Aufhebung der Priorisierung nichts bringen würde, weil genau dieser Fall ja prioritär behan-

delt worden ist. Und trotzdem regen sich alle auf, wie er behandelt wird.

Schranken setzen ist wichtig, auch den Tarif durchgeben, das haben wir mehrmals gehört da drin, auch von Thomas Ziegler, aber dies ist primär eine Aufgabe der Gesellschaft. Wer einfach Justizstellen aufstocken will, handelt hier blauäugig, um nicht zu sagen fahrlässig. Lehnen Sie diesen Antrag ab!

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen hierzu, wir stimmen ab. Der Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 56 Stimmen, dem Antrag von Susanne Rihs zuzustimmen. Das zurzeit notwendige Quorum von 91 Stimmen ist erreicht.

Konto 2206, Amt für Justizvollzug

Konto 2207, Gemeindeamt

Konto 2221, Handelsregister

Konto 2223, Statistisches Amt

Konto 2224, Staatsarchiv

Konto 2225, Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Konto 2231, Datenschutzbeauftragter

Konto 2232, Fachstelle Opferhilfe

Konto 2233, Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2234, Fachstelle Kultur

Antrag 3. **Minderheitsantrag Claudio Schmid, Matthias Hauser, Werner Hürlimann, Samuel Ramseyer (KBIK)**

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -82'206'500

neu: Fr. -81'206'500

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Aufwandkürzung um 1 Mio. Franken zu Lasten des Opernhauses.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Die Kürzung von einer Million im Kulturbudget entspricht dem Kürzungsantrag des Opernhauskredites, welcher durch eine zufällige Mehrheit im Kantonsrat am 30. Oktober 2006 abgelehnt wurde. Sie werden sich sicherlich fragen, weshalb die SVP-Fraktion trotzdem einen Kürzungsantrag im Globalbudget Kultur beantragt. Diese Frage beantworte ich Ihnen jetzt kurz.

Diesen Antrag zur Kürzung dieses Globalbudgets reichten wir noch vor der Behandlung des Opernhauskredites im Kantonsrat ein. Damals war der Ausgang der Grundsatzdebatte über die Staatsbeiträge an die Opernhaus Zürich AG noch offen. 85 Prozent der Kultursubventionen fliessen direkt in die Opernhaus Zürich AG. Weshalb halten wir also trotzdem am Kürzungsantrag fest? Wir erwarten in Anbetracht der knappen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat und der Tatsache, dass nur noch die Hälfte der Parlamentarier den Expansionskurs des Opernhauses Zürich mitträgt, neue Lösungen der Regierung. Der Verwaltungsrat der Opernhaus Zürich AG sollte zum jetzigen Zeitpunkt die Grösse zeigen, freiwillig auf diesen moderaten Sparbeitrag von 1,5 Prozent eintreten und diese beantragte Kürzung umsetzen. Dies wäre eine angemessene Geste durch die Protagonisten rund um das Opernhaus Zürich.

Sollte die Regierung dieses Signal des Kantonsrates nicht aufnehmen und dem Opernhaus abknüpfen, erwarten wir natürlich Alternativen. Dies ist ohnehin in der Kompetenz der Regierung und ist hoffentlich auch Thema am angekündigten Sanierungspaket nächstes Jahr. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Bevor ich zum Minderheitsantrag spreche, zuerst eine allgemeine Bemerkung. Die Kommission für Bildung und Kultur hat das Budget 2007 der Fachstelle Kultur beraten

und dabei folgende Feststellungen gemacht: Der Saldo der Fachstelle Kultur weist im Voranschlag 2007 mit 82,2 Millionen Franken eine Verschlechterung von 4,5 Millionen Franken gegenüber der Rechnung 2005 beziehungsweise von 2,8 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahresbudget auf. Grund für diese Veränderungen sind die höheren Beiträge an das Opernhaus, plus 2,2 Millionen Franken, und die erstmals vorgesehenen Subventionsbeiträge für die Stiftung Fotomuseum Winterthur sowie die Winterthurer Kurzfilmtage. Die KBIK stimmt diesem Voranschlag zu und beantragt Ihnen, die beiden Minderheitsanträge 3 und 4 abzulehnen.

Zum Minderheitsantrag 3 von Claudio Schmid und Mitunterzeichnenden, in dem es um eine Budgetkürzung um eine Million zu Lasten des Opernhauses geht, Folgendes: Aus Sicht der Kommissionsmehrheit ist es nicht opportun, den vor wenigen Wochen durch den Kantonsrat genehmigten Rahmenkredit auf dem Wege eines Budgetantrags wiederum zu kürzen. Claudio Schmid, auch eine knappe Mehrheit ist eine Mehrheit.

Ich möchte gleich noch zum nachfolgenden Minderheitsantrag von Pia Holenstein und Mitunterzeichnenden sprechen, in dem es um eine Budgetaufstockung um 1 Million Franken zur Förderung des künstlerischen Schaffens in den Gemeinden geht. Auch diesen Antrag lehnt nämlich die Kommissionsmehrheit ab, auch im Wissen, dass der Regierungsrat eine solche Ermächtigung des Kantonsrates zu Mehraufgaben auf Grund seiner eigenen Finanzpolitik wohl kaum ausschöpfen wird. Besten Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich leiste jetzt einen Beitrag zu einer kürzeren Sitzung und spreche zu beiden Anträgen, obwohl ja vom zweiten noch gar nicht die Rede war; aber ich kenne ihn ja. Der erste Antrag geht um eine Million Kürzung beim Opernhaus. Ich muss Ihnen sagen, wir haben leider verloren, und das gefällt mir auch nicht; ich tue das nicht gern, aber es ist so. Darum ist das nur ein blöder Racheakt und wir stimmen dieser Kürzung nicht zu.

Die SP wiederum – das Spiel zwischen den beiden Parteien SP und SVP funktioniert ja immer – will eine Million mehr. Der Gegenpol funktioniert immer ganz schnell. Auch da stimmen wir nicht zu. Der Antrag ist wenig differenziert und fantasievoll. Wenn die SP zum Beispiel sagen würde, sie wolle das Geld gezielt den Gemeinden zusprechen, die kein oder wenig Geld für die Kultur einsetzen dürfen, sprich:

den Finanzausgleichsgemeinden, dann könnten wir uns das noch überlegen. Die Gemeinden dürfen ja nur wenig Geld einsetzen, das heisst sie bekommen auch wenig zurück für ihre kulturellen Aufgaben, und da müsste man eine Lösung finden. Für einen gezielten Einsatz einer Million wären wir also wirklich zu haben, aber so nicht. Für eine Umlagerung des hohen Opernhauseinsatzes wären wir natürlich auch zu haben, nur wird das ja nicht passieren.

Darum lehnen wir beide Anträge ab.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Vor gut einem Monat hat sich die EVP für den ungekürzten Rahmenkredit für das Opernhaus ausgesprochen. Der Entscheid fiel damals zwar ganz knapp aus, wir sehen aber keinen Grund, jetzt nachträglich mit einer Budgetkürzung den Entscheid indirekt wieder umzukippen. Wir lehnen deshalb den vorliegenden Minderheitsantrag ab.

Regierungsrat Markus Notter: Ich mache es auch ganz kurz. Der Regierungsrat lehnt beide Anträge ab. Ich denke auch, die Opernhausfrage ist entschieden worden. Mir ist nicht ganz klar, wie man auf den Betrag von einer Million kommt. Die Kürzungsanträge im Rahmen des Rahmenkredites waren andere, das wären 200'000 Franken pro Jahr gewesen, auf sechs Jahre bezogen. Auch da verstehe ich es nicht, aber da bin ich vielleicht der einzige. Ich beantrage Ihnen also, das abzulehnen, auch den Aufstockungsantrag. Ich habe Ihnen vorhin erklärt, wie das funktioniert mit den Geschenken. Ich beantrage Ihnen, auch hier keine zu machen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 3 von Claudio Schmid mit 96 : 54 Stimmen ab.

Antrag 4. *Minderheitsantrag Pia Holenstein Weidmann, Hanspeter Amstutz, Martin Kull, Romana Leuzinger (in Vertretung von Susanna Rusca Speck), Karin Maeder-Zuberbühler, Elisabeth Schefeldt Kern (KBIK)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -82'206'500

neu: Fr. -83'206'500

Verschlechterung: Fr. 1'000'000

Die Fachstelle Kultur unterstützt die Eigeninitiativen in der Bevölkerung und das künstlerische Schaffen in den Gemeinden. Diese sollen auch vom gegenwärtig positiven kulturellen Klima profitieren dürfen, nicht nur die grossen Institutionen. Es gibt zahlreiche gute Projekte, die aus Kostengründen nicht berücksichtigt werden.

Pia Holenstein Weidmann (SP, Affoltern a.A.): Wir wollen nicht Ihnen ein Geschenk machen, Justizdirektor Markus Notter. Wir möchten den Kultur- und Kunstschaffenden in diesem Kanton und damit uns allen ein Geschenk machen. Wenn die SVP so blindlings einen Kürzungsantrag von einer Million aussprechen kann, dann sieht es ja eigentlich so aus, als wäre der Kanton überaus grosszügig zu seinen Kulturschaffenden. Das sind wir aber gar nicht. Wir brauchen im Gegenteil eine viel aktivere Förderung der Kultur. Die Fachstelle Kultur unterstützt und fördert das künstlerische Schaffen in den Gemeinden, die kleinen und grossen kulturellen Projekte und Institutionen. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir eine umfassende Kultur unterstützen wollen, sowohl die ganz teure Kultur im Opernhaus wie auch die breite Kultur überall in unseren Gemeinden. Diese sind nämlich voller Ansätze für die Zukunft. Wenn wir den Bericht der Fachstelle Kultur des letzten Jahres anschauen, dann sehen wir zahlreiche Gesuche eingehen, von denen nur ein kleiner Teil berücksichtigt werden kann. Wenn wir zum Beispiel die 19 Werkbeiträge für bildende Kunst anschauen, so sind 181 Bewerbungen eingegangen; 46 Bewerbungen für Projektbeiträge, 25 ausbezahlt; 60 zu 53 bei der Musik; und bei der Literatur 20 Gesuche zu sechs. Das heisst, wir sind ganz gezielt dabei. Wir möchten unbedingt ganz gezielt diese künstlerischen Ansätze unterstützen und dafür braucht die Fachstelle Kultur einfach einen pauschal höheren Beitrag. Sie können das selber wieder auswählen und zusprechen. Wichtig ist einfach, dass wir ein Zeichen setzen, dass unser Kanton aller Kultur in der Breite und in der Höhe gerecht werden möchte.

Ich bitte Sie um Unterstützung.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Beim Opernhaus hat sich die EVP für ein verlässliches Engagement eingesetzt. Dieses Einstehen für den Kulturbetrieb beim Opernhaus lässt sich aber nur rechtfertigen, wenn andere kulturelle Initiativen ebenso überzeugend gefördert werden. Im Verhältnis zum finanziellen Engagement beim Opernhaus unterstützt der Kanton die übrigen kulturellen Einrichtungen eher bescheiden. Ich weiss, dass kulturelles Schaffen primär durch die Gemeinden unterstützt werden soll, und der Kanton nur ein ergänzendes Förderprogramm anbieten kann. Dennoch findet es die EVP wichtig, dass der Fachstelle Kultur mehr finanzielle Mittel für die Förderung kultureller Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Kultur schafft Lebensqualität. Ein reichhaltiges und attraktives Kulturangebot gehört zum wirtschaftlich starken Kanton Zürich. Es ist deshalb kein Luxus, wenn der Fachstelle Kultur für die allgemeine Kulturförderung 1 Million Franken mehr zur Verfügung gestellt wird. Wir bitten Sie deshalb, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Wir haben hier nicht den Auftrag, mit dem Füllhorn herumzugehen und Adventsstimmung zu fördern. Die Fachstelle Kultur hat keinen Antrag auf Erhöhung des Budgets gestellt. Sie hat ein Budget eingereicht, das unseres Erachtens sinnvoll ist. Es macht wenig Sinn, Geld zu schenken oder Geld zur Ausgabe bereit zu stellen, das nicht verplant ist und nicht gefordert wurde.

Zweitens: Die eigentliche Vereinskultur, die wir eigentlich fördern möchten, wird von dieser Million zusätzlichen Geldes nicht profitieren.

Drittens: Nicht jeder Antrag, Pia Holenstein, der gestellt wird, ist per se auch förderungswürdig. Und vertrauen wir doch auf die Experten dieser Fachstelle, die schon wissen, welche dieser Anträge auch gefördert werden sollen.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Dieser Minderheitsantrag untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 4 von Pia Holenstein mit 93 : 54 Stimmen ab.

Konto 2241, Fachstelle der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen

Antrag 5. Minderheitsantrag Ernst Meyer, Felix Hess, Werner Honnegger, Inge Stutz, Bruno Walliser (STGK)

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -1'165'000

neu: Fr. -1'135'700

Verbesserung: Fr. 29'300

2% Reduktion des Aufwands der eigenen Projekte; Einsparungen bei den übermässig vorhandenen Druckmaterialien.

Ernst Meyer (SVP, Andelfingen): Wir in den Gemeinden stellen immer wieder fest, wie intensiv verschiedenste Projekte der Fachstelle für Integration uns angepriesen werden. Das ist in diesem Ausmass nicht nötig, ja fast schon belästigend. Die Gemeindeverantwortlichen wissen erstens, wo sie diese Unterstützung holen können; man muss nicht in diesem Ausmass die Gemeinden bewerben, um ihnen die Projekte der Integrationsstelle schmackhaft zu machen, und dadurch die Leute in dieser Stelle beschäftigen. Unter diesen Umständen ist es ohne weiteres möglich, hier eine 2-prozentige Kürzung bei den Druckmaterialien zu vollziehen. Bitte unterstützen Sie diesen Minderheitsantrag.

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon): Ich habe mich sehr über diesen Antrag geärgert. Ich habe diese Fachstelle mit meinen Kollegen Rolf Steiner und Bruno Walliser besucht. Wir haben bei unserem Besuch detaillierte Fragen zu den finanziellen Verhältnissen gestellt und in der Kommission Bericht erstattet. Wir haben festgehalten, dass das Budget ausgewogen und das Verhältnis der Ausgaben zueinander nicht zu beanstanden ist. Die Fachstelle gibt rund 1'000'000 Franken für Projekte aus, welche ein Mehrfaches an weiteren Beiträgen von anderen Geldgebern auslösen. Es werden nur Pilotprojekte anschubfinanziert. Die Fachstelle arbeitet professionell. Die Antragsteller wollen die PR-Aktivitäten drosseln. Nach unseren Informationen werden für PR 20'000 Franken ausgegeben, die Aufwandkürzung beträgt aber 29'300 Franken. Es ist logisch, dass die SVP etwas gegen die Integra-

tion hat und der Betrag von 29'300 Franken ist absolut willkürlich. Ich beantrage, den Antrag nicht zu unterstützen.

Rolf Steiner (SP, Dietikon): Dies ist der Antrag in dieser Debatte, bei dem es um den kleinsten Betrag – Sie haben es gehört: um etwa 29'000 Franken – geht. Da müssen wir aufpassen, dass die verbrauchte Redezeit nicht mehr kostet als die beantragte Kürzung. (*Heiterkeit.*) Die SP lehnt diesen Kürzungsantrag ab. Die Fachstelle leistet zu Gunsten der Gemeinden ganz, ganz wichtige Arbeit. Sie muss und will die Angebote auch kommunizieren, unter anderem auch mit Drucksachen. Eine Delegation der STGK hat – Sie haben es bereits gehört – die Fachstelle besucht und gerade diese Frage nach dem Aufwand für Drucksachen auch explizit gestellt und klar und schlüssig beantwortet erhalten. Dieser Aufwand ist auf den Informationsauftrag dieser Stelle abgestimmt und absolut begründet. Ich wiederhole es: Wir lehnen diesen Minderheitsantrag ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 5 von Ernst Meyer mit Stimmen 98 : 52 ab.

Konto 2251, Bezirksräte

Konto 2262, Baurekurskommissionen

Konto 2263, Steuerrekurskommissionen

Konto 2271, Evangelisch-Reformierte Landeskirche

Konto 2272, Römisch-Katholische Körperschaft

Konto 2273, Christkatholische Kirchgemeinde

Konto 2291, Investitionsfonds

Konto 2292, Ausgleichsfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Damit hätten wir die erste von sieben Direktionen durchberaten. Wir fahren mit der Beratung des Voranschlags morgen Abend weiter.

Ich kann Ihnen noch folgende Mitteilung machen: Das Material, das Sie hier bei sich haben, können Sie auf dem Pult liegenlassen. Es bleibt dort liegen. Aber bitte nichts ins Fach stecken, weil die Fächer heute geleert werden.

Die Detailberatung des Voranschlags wird abgebrochen.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Finanzierung der hauswirtschaftlichen Leistungen im Spitexbereich**
Motion *Marlies Zaugg-Brüllmann (FDP, Richterswil)*
- **Sofortige Umsetzung des Volkswillens zur Erhöhung der Kinderzulagen**
Parlamentarische Initiative *Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil)*
- **Zuständigkeit in Feuerwehrbelangen im Kloster Rheinau**
Dringliche Anfrage *Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen)*
- **Standpunkt des Kantons Zürich zu den Verhandlungen mit Deutschland im Hinblick auf das Anflugverfahren auf Kloten**
Dringliche Anfrage *Anita Simioni-Dahm (FDP, Andelfingen)*
- **Grenzübergreifendes Geschiebekonzept für Rhein und Thur**
Anfrage *Lilith C. Hübscher (Grüne, Winterthur)*
- **Weihnachten an Schulen**
Anfrage *Peter Reinhart (EVP, Kloten)*
- **Einheitlicher europäischer Luftraum (SES)**
Anfrage *Lorenz Habicher (SVP, Zürich)*
- **Auswirkungen der Flugzeugabgase auf Mensch, Tier und Umwelt im Kanton Zürich**
Anfrage *Eva Torp (SP, Hedingen)*
- **Neueste Steuersparideen aus Bankenkreisen**
Anfrage *Ralf Margreiter, Grüne, Oberrieden)*

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr

12992

Zürich, den 11. Dezember 2006

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 26. März
2007.